

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellschein vierteljährlich 90 Wfa., monatlich 30 Wfa. Preis der Einzelnummer 30 Wfa. — Tel. 4598. — **Postfachkonto** Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon** 13893. — **Verlag in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 — **Telefon** 4598

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.00 M. bei Platzvorschrift 2.80 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelleise 7.50 M. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 272  
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Sturm im Reichstag.

### Deutschlands Aussichten in Spa.

Brüssel, 3. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Brüssel wird gemeldet, daß die Konferenz sich gestern ausschließlich mit der Entwaffnung Deutschlands beschäftigt hat. Millerand sagte in Unterredungen mit belgischen Pressevertretern, daß die Verbündeten in Spa einen festen Block bilden werden, Deutschland habe alles Interesse, ehrlich und loyal zu sein. Auf eine Frage wegen der letzten Rede Jehrens antwortete Millerand, seit dieser Rede habe sich sehr viel in Deutschland ereignet. Die Ueberreichung der deutschen Denkschriften hat in Brüssel keinen günstigen Eindruck gemacht und die Stimmung, in der die politischen Kreise Frankreichs das Ergebnis von Spa erwarten, höchlich verschlechtert. Man sieht in der Ueberreichung der Denkschriften einen Versuch der deutschen Regierung, die Verbündeten zu trennen.

### Die Konferenz in Brüssel.

Brüssel, 2. Juli. (Savas-Neuter.) Die interalliierte Konferenz hielt heute vormittag unter dem Vorsitz des belgischen Ministerpräsidenten Delacroix ihre erste Sitzung ab. Marshall Foch und die andern militärischen Sachverständigen unterrichteten die Konferenz von dem gegenwärtigen Stande der Entwaffnung Deutschlands. Die Heeres-, Marine- und Luftfahrtsachverständigen wurden angewiesen, ein endgültiges Verzeichnis der auf die Entwaffnung bezüglichen Artikel der Verträge aufzuleisten, die noch nicht ausgeführt sind. Die Konferenz prüfte darauf eine Note des Wiedergutmachungsausschusses betreffend die Kohlenlieferung durch Deutschland.

### Die Entschädigungsfrage noch ungeklärt?

Paris, 2. Juli. Nach einer Meldung des Temps hat der italienische Vertreter im Wiedergutmachungsausschuss, Beroloni, erklärt, die Frage der von Deutschland zu zahlenden Entschädigung sei im Laufe der Beratungen der Finanzdelegierten nicht sonders gefördert worden. Man habe sich mit der Abschätzung der jedem Staate durch den Krieg verursachten Schäden beschäftigt; man habe also nicht geprüft, was jedes Land von der Summe, die von Deutschland zu zahlen ist, erhalten und in welcher Form sie geleistet werden solle.

### Erörterungen über die Aburteilung der Kriegsverbrecher in Spa?

Amsterdam, 2. Juli. Nach einer Londoner Meldung sagte Bonar Law im Unterhause, die Alliierten beabsichtigten, die Frage des Prozesses gegen die der Kriegsverbrechen beschuldigten Deutschen in Spa zu erörtern. Auf verschiedene Anfragen bemerkte Bonar Law, von 27 gefangengenommenen U-Bootbefehlshabern befände sich nur noch einer in England, die übrigen seien freigelassen und nach Deutschland zurückgeschickt worden. Der Prozeß gegen die letzteren werde vor dem Reichsgericht in Leipzig stattfinden. Auf eine Anfrage, was mit den deutschen Kriegsschuldigen niederen Ranges geschehen würde, wenn diese in Holland Zuflucht suchten und die holländische Regierung ihre Auslieferung verweigere, sagte Bonar Law, dies werde keine Uebereinstimmung mit dem Falle des vormaligen Kaisers bilden, der vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages nach Holland kam. In Erwiderung auf eine Frage, wie lange der vormalige Kaiser in Holland bleiben werde, sagte Bonar Law, das hänge von Holland und möglicherweise von der Lebensdauer des vormaligen Kaisers ab. (Selterfeit.)

### Der neue französische Botschafter über seine Aufgaben.

Paris, 3. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der französische Botschafter Laurent hat gestern dem Korrespondenten der Russischen Zeitung folgendes mitgeteilt:

Der Ministerpräsident Millerand hat in der Kammer wiederholt Gelegenheit genommen, auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der deutschen Industrie hinzuweisen. Es liegt daher nahe, daß die Wahl des neuen Botschafters mit diesem Programmpunkt der Politik des französischen Ministerpräsidenten auch äußerlich sichtbar zusammenhängt. Man hat nicht einen Berufsdiplomaten, sondern einen Spezialisten für Finanz- und Wirtschaftsfragen entsendet, der in lokalem Zusammenwirken mit der deutschen Regierung auf dem deutschen Wirtschaftsmarkt die gemeinsamen wirtschaftlichen Aufgaben sachmäßig zu behandeln haben wird. Ich sehe meine vornehmste Aufgabe darin, dieses Wirtschaftsprogramm des Ministerpräsidenten Millerand, soweit es in meinen Kräften steht, zu verwirklichen. Ich hoffe bestimmt, daß eine Zusammenarbeit mit dem neuen Minister des Auswärtigen, dessen Korrektheit und Loyalität allseitig anerkannt wird, es

speziell sein wird, finden wir uns doch auf dem gemeinsamen Boden der Einsicht in die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas zusammen. Bei gegenseitigem guten Willen wird sich die Durchführung des wirtschaftlichen Gedankenganges, dem ich in meiner Ansprache an den Reichspräsidenten Ausdruck gegeben habe, verwirklichen lassen.

### Proteststreik gegen den Steuerabzug.

Wschaffenburg, 2. Juli. Die Belegschaft der Gewerkschaft Gustav von Dettlingen ist heute in Proteststreik eingetreten wegen des Steuerabzugs von der Lohnauszahlung in dieser Woche. Die Belegschaftsversammlung, die den Streik beschloß, fand ohne Einwilligung des Betriebsrates statt. Der Streik soll bis morgen nachmittag dauern. Wschaffenburg, Offenbach, Darmstadt, etwa 40 größere und kleinere Gemeinden und eine Anzahl von Werften, die von Dettlingen mit Strom versorgt werden, sind für diese Zeit ohne elektrische Kraft und Licht.

### Weitere Kundgebungen gegen den Wucher.

Essen, 2. Juli. (L.) In mehreren Städten des Industriegebietes kam es auf den Wochenmärkten wieder zu heftigen Aufrufen wegen der hohen Ölpreise. Überall sammelten sich große Menschenmengen, die die Verkäufer zwangen, das Obst auf dem Markte zu niedrigeren Preisen zu verkaufen.

### Wochspiegelarbeit?

Aus Darmstadt berichtet Wolffs Bureau: Kommunisten, denen sich zahlreiche andere Elemente angeschlossen hatten, machten am Donnerstag den Versuch, mehrere kommunistische Führer zu befreien, die im Polizeigebäude interniert waren. Die Polizeimannschaften und die Sicherheitswehr wurden von der Waffe Gebrauch machen, wobei mehrere Personen getroffen wurden. Ein Schussmann wurde verwundet. Die Regierung gab einen Erlass heraus, in dem sie die Bevölkerung ermahnt, sich nicht den Unruhestiftern anzuschließen und jede Straßenanbahnung zu vermeiden.

Die Meldung steht ganz danach aus, als sei der Vorstoß von der Seite in Szene gesetzt worden, die so großes Interesse daran hat, daß der ersehnte „Putz von links“ nicht allzulange auf sich warten läßt.

### Waffendiebstahl und Waffenschmuggel.

Stuttgart, 2. Juli. In der Waffenfabrik Mauser in Oberndorf ist man umfangreichen Waffendiebstählen auf die Spur gekommen. Es handelt sich um Material und Pistolenbestände. Die Teile wurden auswärts zusammengefaßt und die Pistolen anscheinend in der Schweiz vertrieben. Die Hauptbeteiligten sind bereits verhaftet; weitere Verhaftungen werden folgen.

Leider sagt die Meldung nichts darüber, in welche Hände die Waffen in der Schweiz gelangt sind. Sollten die Waffenschmuggelern vielleicht mit der von uns gestern berichteten Verschwörung der österreichischen Monarchisten in der Schweiz im Zusammenhang stehen?

### Das Programm der baltischen Konferenz.

Kopenhagen, 1. Juli. Nach einem Telegramm aus Helsingfors gibt das Lettische Außenministerium für die Baltische Konferenz, die am 20. Juli in Wlka beginnt und auf der außer Lettland, Estland, Finnland, Litauen, Polen und auch vielleicht die Ukraine vertreten sein werden, folgendes Programm bekannt: Regelung der Baltica- und Bantverhältnisse, Handel, Durchgangsverkehr, Schifffahrt, Durchgangszugverbindung, ungehinderte Beförderung von Reisenden und Gütern, Organisation des Schulwesens, Grenzüberwachung, Einführung des Meter Systems, Post- und Telegraphen, Auslieferung von Verbrechern, lokale Fragen wie Arbeiterschutz, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, allgemeine Sanitätsmaßnahmen usw. Die wichtigste aller zur Beratung stehenden Fragen wird der Abschluß eines Militärbündnisses der beteiligten Staaten sein.

### Der Stand der englisch-russischen Verhandlungen.

Im englischen Unterhaus sagte Bonar Law in Erwiderung auf eine Frage: Die Verhandlungen mit Krasin nehmen noch ihren Fortgang. Inzwischen ist die englische Regierung zu dem Schluß gekommen, daß es an der Zeit wäre, eine Entscheidung zu erreichen. Sie hat dies Krasin mitgeteilt, und dieser kehrt nach Rußland zurück, um den Sowjetbehörden die Bedingungen der englischen Regierung vorzulegen und sich selbst in den Stand zu setzen, eine endgültige Antwort zu geben.

Neuter erzählt dazu weiter: Krasin kehrt nach Moskau zurück, um sich mit seiner Regierung zu beraten und über mehrere grundsätzliche Punkte eine Klärung herbeizuführen. Man erwartet, daß er binnen 14 Tagen nach England zurückkehren werde.

### Bürgerkrieg in China.

Nach einer Neutermeldung aus Schanghai will in Sunan der Bürgerkrieg. Die Südsinesen haben Jorkou besetzt. Infolge des terroristischen Auftretens von Banditen in den Bezirken von Sankau unternehmen die englischen, amerikanischen und japanischen Dampfer-Gesellschaften eine gemeinsame Aktion.

### Großmächte des Kapitals.

B. A. Der gewaltige Konzentrationsprozeß der modernen Wirtschaft, der durch die Verhältnisse während des Krieges -- Zusammenfassung, Zwangsorganisation, Kartellierung -- in be deutendem Umfange gefördert wurde, setzt sich in den letzten Monaten in beschleunigtem Tempo fort und führt zur Bildung neuer Wirtschaftsmächte, von deren Bedeutung und Umfang man in allgemeinen kaum eine richtige Vorstellung hat.

In der englisch-kanadischen Eisenindustrie ist vor einigen Wochen ein bedeutamer Zusammenschluß erfolgt. Unter dem Namen „British Empire Steel Corporation“ ist ein neuer Stahltrust gegründet worden, dessen Bedeutung sich nur an dem größten Weltunternehmen dieser Art, der „United States Steel Corporation“, messen läßt. Dieser bekannte nordamerikanische Stahltrust verfügt über ein Kapital von 808 1/2 Millionen Dollars (nach augenblicklichem Kurs fast 4 Milliarden Mark). Einen ungefähren Begriff von der produktions-technischen Bedeutung dieses Riesentrusts kann man vielleicht aus der Angabe gewinnen, daß am 1. Mai 1920 ein Auftragsbestand von über 10 Millionen Tonnen bei ihm gebucht war und daß die Roheisenproduktion im Mai annähernd 3 Millionen Tonnen erreicht hat. Ein Vergleich mit den Erzeugungsziffern des letzten Friedensjahres zeigt zum Beispiel, daß die gesamte Roheisenproduktion der Vereinigten Staaten im Jahre 1913 etwa 31 1/2 Millionen Tonnen (die Deutschlands etwa 19 1/2 Millionen Tonnen) betrug, so daß dort zur Zeit mindestens ein der Friedensherstellung entsprechendes Quantum erzeugt wird. Im Kriege hat Amerika bekanntlich für Kriegslieferungen ungewöhnlich große Mengen hergestellt. Die gewaltigen Differenzen die sich bei einem Vergleich mit einigen Kriegsjahren ergeben treten klar heraus, wenn man die vor einiger Zeit vom Stahltrust veröffentlichten Einnahmezahlen des 1. Quartals 1920, denen die

1. Quartal 1920 1. Quartal 1918 1. Quartal 1917  
ca. Doll. 42 Mill. Doll. 57 Mill. Doll. 113 Mill.

Der oben erwähnte englisch-kanadische Stahltrust stellt ein annähernd ebenso machtvolles und zukunftsreiches Gebilde dar wie der alte nordamerikanische Trust. In ihm vereinen sich alle kanadischen Stahlwerke von nennenswerter Bedeutung, die sich unter anderem bereits zur Bewältigung der transporttechnischen Aufgaben verschiedene Schiffahrtsgesellschaften angeschlossen haben. Der neue Trust ist Eigentümer gewaltiger Erzlager und Kohlenbergwerke auf Neufundland und in Neuschottland. Allein die mächtigen Erzvorräte des Wapana Lagers in Neufundland werden auf viele Milliarden Tonnen, die Vorräte der Kohlenlager in Neuschottland auf etwa 2 1/2 Milliarden Tonnen geschätzt, so daß eine große Ausbeute auf einen kaum abzuschätzenden Zeitraum als gesichert erscheint. Walzwerke mächtigen Ausmaßes werden zur Zeit errichtet. Ein großer Teil der von der Gesellschaft produzierten Halbfabrikate soll nach England geliefert und dort zu Fertigwaren verarbeitet werden. Englische Finanzgruppen stehen mit bedeutendem Kapital hinter dieser umfassenden Vertrustung. Das Gesellschaftskapital des Unternehmens ist vorläufig mit 500 Millionen Dollar deklariert worden.

Auch in der deutschen Schwerindustrie sind fortgesetzt Konzentrationsbestrebungen im Gange, die auf eine Zusammenballung der größten deutschen Werke hinauslaufen. In den letzten Monaten sind bereits zahlreiche Angleichungen und Verschmelzungen erfolgt, vor allem hat aber der Prozeß einer nach außen wenig hervortretenden Interessenverknüpfung durch Erwerb von Aktienmajoritäten bedeutenden Umfang angenommen. Augenblicklich soll eine Interessengemeinschaft zwischen zwei der größten gemischten Kongernen der Montanindustrie Deutsch-Ostpreußen (Stinnesgruppe) und Gelsenkirchen (Kirdorf) bereits so gut wie abgeschlossen sein, während die Verbindung zwischen Phönix und den Rheinischen Stahlwerken voraussichtlich bald erfolgen dürfte. Es werden auf diese Weise Riesengebilde geschaffen, die stammgemäß einer Weiterbildung zum vertikalen Trust der Eisenindustrie führen werden. Die jetzt noch bestehenden Abgrenzungen zwischen den einzelnen Montanewerksgruppen werden immer mehr beseitigt, die gelegentliche Zusammenarbeit bei verschiedenen Bewerbungen führt zu neuen, größeren Kombinationen und die Rationalisierung und Verbilligung des Produktionsprozesses, die bei einer großzügigen Vertrustung möglich ist, gibt ein gewichtiges Argument für die fortschreitende Vereinhaltung. Wir wissen, daß in Amerika durch die Anwendung modernster technischer Methoden in Verbindung mit Serienherstellung und Beschränkung der einzelnen Werke auf bestimmte für ihren Standort, ihre Anlagen usw. besonders geeignete Erzeugnisse eine



Beträchtliche Steigerung der Produktivität erzielt und trotz höherer Löhne die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt immer günstiger entwickelt wird. Für die Preispolitik, die in untern gemeinsamen Produktionsbedingungen unter Werte ist es bezeichnend, daß sich bereits wieder auf dem deutschen Eisenmarkt amerikanische Konkurrenz fühlbar macht, obwohl wir selbst bei der letzten gebesserten Valuta höchstens ein Fünftel bis ein Sechstel, zum Teil einen noch geringeren Bruchteil der amerikanischen Löhne zahlen. Die Leistung eines Hochofenarbeiters in Pennsylvania betrug allerdings auf Grund entwickelterer Herstellungsmethoden bereits im Jahre 1900 424 Tonnen jährlich gegen damals 254 Tonnen des deutschen Arbeiters.

Wir begrüßen vom sozialistischen Standpunkt jeden Fortschritt der wirtschaftlichen Organisation, soweit er die Erhöhung der Erzeugung und die Vermeidung unrationeller Herstellungsmethoden bewirkt fördert. Wir wissen, daß bei diesen Konzentrationen zu meist Wirtschaftskörper herausgebildet werden, die in fortgeschrittenem Maße die objektiven Vorbedingungen der Vergesellschaftung in sich ausbilden, die aus innerer Beschaffenheit heraus zu Organisationsformen gelangen müssen, wie wir sie zum Teil erstellen.

Gleichzeitig führt die Zusammenfassung derart konzentrierter Gesellschaften zu trustartigen Riesenunternehmen die bestellten Einwände von der notwendigen Erhaltung der Initiative des Privateigentümers abblühen. Eigentümer dieser großen Werke sind beinahe stets die Aktienbesitzer, die zum großen Teil kaum eine Ahnung davon haben, was für Produkte das Unternehmen herstellt, dessen Anteile sie besitzen, die sich in ihrer Mehrzahl niemals für die Entwicklung der Produktion oder des Absatzes, sondern einzig und allein für die Höhe der Dividende und die Entwicklung des Börsenurses interessieren, deren gesamte volkswirtschaftliche Funktion sich mit dem Kauf der Aktien, der Einlösung der Dividendenscheine und dem eventuellen Verkauf der Papiere erschöpft, wobei noch zu bemerken ist, daß sie auch diese einzige Tätigkeit durch ihren Bankier ausüben lassen. Mit Ausnahme weniger Persönlichkeiten sind die Männer, die sich in den Werken an leitender Stelle betätigen, angestellte Direktoren, deren Einkommensziffern oft sehr hohe sind, die auch in nicht seltenen Fällen Aktienbesitzer sein mögen, die jedoch keineswegs unter die Kategorie „Unternehmer“ fallen und ihre Aufgaben in sehr vielen Fällen genau so gut in einem gemeinwirtschaftlichen Werk leisten werden, wie sie es in einer privatkapitalistischen Aktiengesellschaft getan haben oder noch tun.

Es ist allerdings notwendig, daß bei der Sozialisierung die Führung der Betriebe nicht in das alte preußische Wirtschaftssystem gepreßt und den Hindernissen und Schwierigkeiten einer Fixstarrigkeit mit ihren allen modernen Anforderungen höhnisch sprechenden Formen überantwortet wird. Es ist aber unbedingt zu fordern, daß mit der Vergesellschaftung der führenden Großindustrien nicht länger gezögert, sondern die Zusammenfassung und Rationalisierung mit dem Zwecke der Sozialisierung gefördert und eventuell auf dem Gesetzwege beschleunigt durchgeführt wird. Gerade weil wir die organische Vereinheitlichung der Produktionsweise bejahen und von der Ausschaltung privater Interessen, veralteter Erzeugungsmethoden, unwirtschaftlicher Betriebe eine gewaltige Steigerung der gesellschaftlichen Güterherstellung erwarten, müssen wir mit aller Entschiedenheit fordern, daß derartig entwickelte Wirtschaftszweige, die eine kaum übersehbare Machtstellung in sich vereinigen, privatkapitalistischer Profitpolitik entzogen und unter die Kontrolle, sowie den bestimmenden Einfluß der Gemeinschaft gestellt werden. Es ist notwendig, daß die diktatorische Gewalt, die unsere Schwerindustrie infolge ihres ausschlaggebenden Einflusses auf die meisten Industrien tatsächlich ausüben vermag, im Interesse der Gesamtheit befristet und daß bei diesen wichtigen Rohprodukten und Halbfabrikaten eine Politik getrieben wird, die sich von den engen Gesichtspunkten gesteigerter Rentabilität freizumachen und die Befriedigung des Bedarfs zu niedrigen Preisen zu sichern sucht. Das würde bedeuten, daß keine Monopole herausgebildet werden dürfen, deren einziger Zweck die direkte Steigerung der Staatseinnahmen ist. In den sozialisierten Industrien muß vielmehr eine weitestgehende Produktionspolitik getrieben werden, die sich ausschließlich von den Erfordernissen der Gesamtwirtschaft bestimmen läßt. Es wird darauf ankommen, die Steigerung der Erzeugung mit Hilfe der vorgefertigten technischen Erfahrungen durchzuführen und die Produktivität der Arbeit so zu heben, daß eine beträchtliche Verbilligung erfolgen kann, die auf das Preisniveau aller andern Industrieprodukte einwirken muß. Dadurch gilt es, eines der wichtigsten Ziele gegenwärtiger Wirtschaftspolitik zu erreichen, nämlich: die Kaufkraft des Volkes, das Kaufvermögen, so zu steigern, daß eine ausreichende Existenz gewährleistet werden kann. Unter den augenblicklichen Verhältnissen ist die Lage die, daß ein immer größerer Teil des Arbeitswertes in die Kategorie „Profit“ einfließt, während der Lohnanteil sich dementsprechend ständig verringert.

Die gegenwärtige Preispolitik führt zu der längst nachgewiesenen fortschreitenden Verelendung der arbeitenden Massen, die für den Aufbau unserer Wirtschaft von entscheidender Bedeutung sind. Dieser gefährlichen Tendenz kann nur dadurch erfolgreich entgegengetreten werden, daß in den Industrien, die infolge fortgeschrittener Verwertung eine riesige wirtschaftspolitische Macht vereinen und diese zur ständigen Erhöhung der Profitrate nützen, zur vollen Sozialisierung übergegangen, daß in ihnen sozialistische Produktionspolitik betrieben wird.

## Ein heißer Tag.

Berlin, 2. Juli 1920.

Nach mehr als neunstündiger Sitzung ist heute die politische Debatte zu Ende geführt worden; es war die leidenschaftlichste Sitzung, die in letzter Zeit stattgefunden hat. Ursache dazu gab das Auftreten Helfferichs, eines der böartigsten Kriegsverbrecher, Volksunterdrücker und Ausplünderer. Die Unabhängige Fraktion nahm an ihm ein Strafgericht vor, das weder er noch die Hauptschuldigen des Krieges so bald vergessen werden. Die Versuche erst des Präsidenten Lübbe und dann des Fraktionsgenossen Helfferichs, des Vizepräsidenten Dietrich, den Redner vor den härtesten Reueenschlägen zu bewahren, waren vergeblich. Unsere Fraktion ließ sich nicht beirren und sie wird von

den vielen Millionen, nicht nur der Arbeiterschaft, sondern der Kriegseidtragenden Anerkennung und Dank ernten.

Von dem moralisch-politischen Tiefstand Deutschlands zeugt es, daß die Deutschnationale Partei diesen Mann auf den Schild erhob, und ihn auch noch als Sprecher an der bedeutungsvollsten Stelle der Öffentlichkeit aufstehen ließ. Es wird die Arbeiterschaft noch ein gutes Stück Arbeit kosten, bis sie die deutsche Öffentlichkeit von diesen Elementen gesäubert hat. Erbärmlich nehmen sich bei diesem Akt wieder die bürgerlichen Blätter aus. Statt es zu begrüßen, daß sich noch eine gesunde Reaktion gegen diese politische Verkümpfung geltend macht, lassen sie über die unabhängige Fraktion her. Allerdings ist auch noch kein Mitglied der bürgerlichen Kriegsverbrechergesellschaft so gekümpft worden, wie heute Helfferich. Auch die Rechtssozialisten, Demokraten und eine Anzahl Zentrumseute haben sich mit heftigen Zurufen gegen Helfferich gewandt, aber doch nur dann, wenn dieser in seiner bekannten frechen und herausfordernden Art gegen diese Parteien zum Angriff überging. Freilich hatte er ihnen gegenüber auch sehr leichtes Spiel. Er konnte sie mit ihren eigenen Taten strafen. „Wären Sie denn es nicht, die mich in meiner Politik seinerzeit auf das lebhafteste unterstützten und mir zugestimmt haben, ja noch mehr, einzelne Mitglieder haben mir mündlich und brieflich den Dank für meine Steuer- und Finanzpolitik ausgesprochen, darunter sogar Erzberger,“ rief er ihnen zu. Er machte sich das grausame Vergnügen, besonders einen Brief des Herrn Demokraten Hausmann zu zitieren, worin steht: „Nur Helfferich ist es gelungen, den schwerbeladenen Steuerwagen unverfehrt in die Scheune zu bringen!“ Aber nicht nur die Demokraten, auch die Mehrheitssozialisten attackierte er, und man kann nicht behaupten, daß sie ihm so erwidert hätten, wie es notwendig gewesen wäre.

Helfferich wagte es sogar, nachzuweisen, daß der Etat, als er die Finanzgeschäfte des Reichs noch leitete, einen Ueberschuß aufgewiesen hat, und daß im Gegensatz zu jenen herrlichen ordnungsgemäßen Zeiten heute die unbefehrbliche Lotterwirtschaft besteht. Der jetzige Finanzminister ist nicht einmal imstande, einen vollständigen Etat aufzustellen, obwohl er 1600 Beamte habe, während es zu seiner Zeit nur 400 gewesen seien. Sowohl den letzten Finanzminister wie den Vorgänger stellte er als Nichtswisser, Nichtskönnner, als Dilettanten hin. Als Beweis dafür führte er die angebliche Nachgiebigkeit gegenüber den Arbeitern und Beamten und die Verhandlungen bei der Übernahme der Reichseisenbahn an, die dem Reich ungezügelt Milliarden kostete.

Es war für den Finanzminister Wirth freilich leicht, Herrn Helfferich auf den Sand zu setzen; besonders was das angebliche Entgegenkommen gegen die Arbeiter und Beamten anlangt. Gerade Helfferichs Partei sei es gewesen, die kurz vor der Wahl von der Regierung die Durchdringung der Besoldungsordnung verlangt habe. Die Rechte des Hauses Schie bei der Züchtigung, die Herr Wirth an Helfferich vornahm, von Zeit zu Zeit heftig auf, besonders wenn die Hiebe recht saßen. Als er Helfferich den Vorwurf machte, seine wahre Gesinnung treue in der Tatfrage zu zeigen, daß er 24 Stunden vor Spa die Brandfahle in die Parteien werfe, da tobte die deutschnationale Partei wie Besessene.

Das Auftreten Helfferichs hat bewirkt, daß die andern Redner und Gegenstände an Interesse und Beachtung zu kurz kamen. Die lange Rede des Ernährungsministers Hermes war freilich nur eine Rechtfertigung für den neuen Plan, den Agrariern noch mehr als bisher entgegenzukommen, die freie Wirtschaft wieder einzuführen und die Bevölkerung der Ausplünderung schulplos zu überliefern. Ueber dieses Kapitel wird sowieso noch ausführlich zu sprechen sein.

Erst in später Stunde kam die Vertreterin der kommunistischen Partei, Genossin Zeitlin, zum Wort. Mit starker Leidenschaftlichkeit verfocht sie die Sache des Sozialismus und rief die Arbeiterschaft zum Kampfe gegen das internationale Kapital auf.

In einer Ansprache versuchte Herr Fehrenbach noch zum Sammeln zu blasen. Vergeblich! Herr Helfferich hatte ihm das Geschäft mit seiner demagogisch-wüsten Rede gründlich verdorben. Die Erklärung der Regierungsparteien für die Regierung wurde dann in namentlicher Abstimmung angenommen und das Mißtrauensvotum, das unsere Fraktion beantragt hatte, abgelehnt, ebenso ein Zusatzantrag zur Regierungserklärung, den die Deutschnationalen eingebracht haben.

## Mit gespaltener Zunge.

Der Auftakt des ersten republikanischen Reichstags, wie ihn der rechtssozialistische Alterspräsident nannte, ist für die Rechtssozialisten kein guter. Besonders die Sitzung vom 1. Juli, in der Genosse Henke politische Abrechnung hielt und das geheime Rundschreiben des rechtssozialistischen Parteivorstandes an die rechtssozialistische Presse verlas, brachte für sie böse Stunden. Die Worte des SPD-Fraktionsredners standen im stillen Widerspruch zu den Taten des SPD-Parteivorstandes. Wie der Brief kürzlich erweist, den wir hier im Wortlaut wiedergeben:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
Der Parteivorstand

Berlin SW. 68, den 9. Juni.

Streng vertraulich!  
An die Parteipresse!

Werte Genossen!  
Wenn wir auch die Entscheidung über die künftige Taktik dem am Sonntag zusammentretenden Parteiausschuß und der künftigen Reichstagsfraktion überlassen wollen, so glauben wir doch der Parteipresse eine Darlegung unserer Auffassung der Lage schuldig zu sein. Wir haben sie gewonnen in einer Reihe von Erörterungen, die wir mit erfahrenen Parteigenossen, zum Teil auch mit Mitgliedern der Regierung, in dieser schweren Zeit in diesen Tagen gepflogen haben. Wir möchten bitten, daß die Parteipresse gerade in dieser schweren Zeit, die die Verantwortlichkeit für jeden an vorgeschobenen Posten stehenden Parteigenossen aufs höchste steigert, zu einer möglichst einheitlichen Haltung gelangt, die das Selbstbewußtsein der Partei und das Gefühl der Einheit, daß uns die Zukunft gebietet, widerspiegelt. Kleinliche Absperelei und mehr im inneren Kreise zu pflegende Selbstkritik sollte die Haltung unserer Presse in den nächsten Wochen nicht zeigen. Wir sollten überhaupt ruhig Blut bewahren und keine Ausregung erkennen lassen. Der Reichspräsident vermag auf die Bildung einer neuen Regierung erst hinzuwirken, wenn die Fraktionen des Reichstages in Berlin zusammengetreten sein werden. Das wird vor dem 18. Juni kaum möglich sein. Eine Bildung des Ministeriums lediglich auf Verantwortung der Parteiführer lehnt Ober ab.

Seiner Absicht, im Falle einer Rechtsregierung zurückzutreten, haben wir widersprochen. Wir würden damit eine sehr bedeutsame

Position aufgeben und dem künftigen Ministerium freie Bahn gewähren. Das Verbleiben Ober in der Reichspräsidentenschaft würde dagegen die Verschärfung des Krisenstandes, die Einengung des Koalitionsrechts, die Wiederbesetzung der Gesandtschaften und ähnliche Maßnahmen unmöglich machen. Ober hätte auch die Möglichkeit, das Recht der Volksbefragung auszuüben und dabei die ganze Arbeiterschaft von den Kommunisten bis zu den christlichen Arbeitern zusammenzuschmelzen und damit einem Reichsministerium bedeutsame Niederlagen zu bereiten, ja auch den Reichstag zu gegebener Zeit aufzulösen, also die ganze politische Lage in hohem Maße zu beeinflussen, wenn das auch mehr in negativem als in positivem Sinne geschehen kann. Ober hat sich diesen Erwägungen nicht verschlossen, aber als die Bedingung für sein vorläufiges Verbleiben in der Reichspräsidentenschaft aufgestellt, daß durch die Parteipresse den Genossen die Motive seines Verbleibens klarzustellen werden sollen. In welchem Zeitpunkt und mit welcher Begründung das geschehen soll, wird Gegenstand der Erwägung einer späteren Zeit sein. — Wir bitten deshalb, vorläufig diese Frage nicht zu berühren, wie wir überhaupt dieses Rundschreiben lediglich als Information, nicht als Objekt zu publizistischer Verwertung betrachtet zu sehen wünschen. Die Regierungsbildung dürfte sich vermutlich in der Woche nach dem 18. Juni abspielen.

Ober wird zuerst Hermann Müller den Austrag zur Bildung eines neuen Kabinetts neben Hermann Müller wird dann ausschließlich mit den Unabhängigen verhandeln und sich bereit erklären, mit ihnen im Rahmen der Reichsverfassung ein Regierungsprogramm aufzustellen und den Kern einer Regierungsmehrheit zu bilden, zu der etwa die Demokraten herangezogen werden sollen. Obgleich die unabhängige Ablehnung des Müllerischen Anerbietens durch die U. S. D. vorläufigen war, dürfte es sich empfehlen, auf die Verpflichtung der U. S. D. als der zweitstärksten Partei des Reichstages hinzuwirken, einen Teil der Verantwortung durch Mitarbeit an der Regierung und an der Führung des Reichstages zu übernehmen. Eine Klage und auf die Psychologie der Arbeiterschaft richtig eingehende Haltung der Parteipresse in den nächsten vierzehn Tagen kann die Stimmung der Arbeiterschaft sehr günstig für uns und im Falle der Ablehnung der U. S. D. in die Regierung zu gehen, nachher sehr ungünstig gegen die U. S. D. beeinflussen.

Scheitert die Möglichkeit einer Regierung aus S. P. D., U. S. D., D. D. P. aus, so wird Ober die Führer der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zu sich berufen, um ihnen den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung zu geben. Sie werden vermutlich den Anspruch erheben, daß auch Vertreter unserer Partei in ihre Regierung eintreten, das wird aber von unserer Partei mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden. Vermutlich werden die Deutschnationale Volkspartei und die deutsche Volkspartei Ober erklären, daß auch sie ohne die S. P. D. keine tragfähige Regierung zustande bringen werden.

Über im Laufe der Verhandlungen der Parteien wird sich unserer Vermutung nach ergeben, daß das Zentrum, um einigen Gruppen abgesehen, zum Eintritt in die Rechtskoalition bereit sein wird und daß die Deutsche Demokratische Partei zu einer wohlwollenden Neutralität dieser Regierung gegenüber zu gewinnen sein wird. Wir rechnen damit, daß diese Regierung der Rechtsparteien zustande kommen wird.

Uns aber kann eine betrieblige Regierung im Ausenblick nur erwünscht sein, denn die Verhandlungen in Spa werden der deutschen Republik und dem deutschen Volke schwere Lasten auferlegen. Wir haben alles daran zu setzen, daß die Repräsentanten der Rechtsparteien die Verhandlungen in Spa führen und die Anordnungen der Entente auf sich nehmen. Dann müssen sie die Entlastung der U. S. D. herbeiführen, die ihnen die U. S. D. auf die U. S. D. als ihre Hoffnungen setzen, zum härtesten Feinde machen wird. Eine U. S. D. ohne die U. S. D. und eine Entlastung von Tausenden von Offizieren durch uns werden die U. S. D. als einen feindseligen Akt betrachten, aber sie würden ihn aus unserer bekannten antimilitarischen Tradition begreifen. Die gleiche Aktion von den Rechtsparteien ausgeführt, würde von den Offizieren als ein Akt nachlässiger Treulässigkeit der bisherigen politischen Ämter der U. S. D. empfunden werden. So ist die Befestigung, daß eine Rechtsregierung die bewaffnete Gewalt zur völligen freien Verfügung haben wird, durchaus unbenutzbar. Auch ein Ministerium der Rechten wird keine großen Schwierigkeiten mit der neu zu bildenden U. S. D. haben. Ein Grund zur besonderen Befürchtung ist aus der Übernahme der Regierung durch die Rechtsparteien unter diesem Gesichtspunkt nicht abzuleiten.

Schwerer erscheint uns die Stellung zu der U. S. D. Die U. S. D. könnte leicht, wenn wir nicht sehr sorgfältig und vorsichtig sind, die Führung der Opposition in die Hand bekommen und damit der Entwicklung unserer Partei Abtrag tun. Selbstverständlich müssen wir in eine klare und unabweisliche Genossenschaft zur Rechtsregierung treten. Aber sie muß sich in ihren Methoden, in ihrem Griffe, in ihrer Sachlichkeit, von der vermutlich nur sehr grobhauligen und reaktionären Opposition der U. S. D. auch im Verständnis der Arbeiterschaft ganz deutlich abheben. Wir dürfen uns nicht ins Schlepptau der U. S. D. nehmen lassen, wir müssen bei aller Klarheit und Entschiedenheit unserer Opposition doch die großen Gesichtspunkte niemals vermissen lassen.

In diesem Falle wird es uns bald gelingen, das verlorenen Terrain bei den kommenden Wahlen, die vielleicht noch in diesem Herbst stattfinden können, wieder zu gewinnen. Wir hoffen, daß diese Gesichtspunkte in den Redaktionen unserer Parteipresse Zustimmung finden werden, so daß wir in aller Gesonnenheit klar zum Gesichte und in guter Stimmung auf eine bessere Zukunft das Schiff der Partei von der Parteipresse gelenkt sehen können.

Mit Parteigrüß  
Der Parteivorstand.

Der Brief spricht für sich. Er bestätigt, daß es den Rechtssozialisten gar nicht ernst gewesen ist mit der Bildung einer Regierung gemeinsam mit den Unabhängigen. Ihr sonst zur Schau getragenes Streben nach Einigung des Proletariats erweist sich als politisches Täuschungsmanöver; aus dem Brief spricht lediglich die Sorge um die Erhaltung der eigenen Partei. Und wie unwahrhaftig der Vorwurf gegen die U. S. D. war, sie treibe die Regierungsmacht der bürgerlichen Reaktion in die Hände; erweist die Stelle des Rundschreibens, wo es heißt, der SPD. könne eine bürgerliche Regierung im Augenblick nur erwünscht sein. In der rechtssozialistischen Presse aber hieß es, die U. S. D. verrate leichtsinnig das Interesse der Arbeiterschaft.

Eine solche Politik der gespaltene Zunge wird den noch im rechtssozialistischen Lager stehenden Arbeitern hoffentlich die Erkenntnis bringen, welche Art Vertreter proletarischer Interessen sie erfahren haben.

## Ein Rappisten-Käufling unter dem Schutze des Zensors.

Ueber einen toten Stroh eines Zensors wird aus Göttingen berichtet. Im Göttinger Ländchen besteht noch immer der Ausnahmezustand. Er soll bekanntlich dazu dienen, in Göttinge wieder „verfassungsmäßige Zustände“ herzustellen. Die Lösung dieser Aufgabe liegt in erster Linie dem Reichssekretär Reichsminister H. H. H., ehemals Bürgermeister von Göttingen und Verfasser und Initiator schwungvoller Begrüßungsreden an Wilhelm II., ob dieser Führer der Befassung leistete sich folgendes Stücklein: In der vergangenen Woche brachte unser Parteiorgan, das Göttinger Volksblatt, einen Begrüßungsartikel, um die Rückkehr eines der hervorragendsten Führer der Rappisten, eines gewissen



Leutnants Steland, ihren Lesern zu melden. Dieser Leutnant Steland war der Adjutant des Garnison-Kommandeurs und dessen höchst reaktionärer Geist. Er war der Organisator der Gothaer „Zeitfreiwilligen“ und der Einwohnerwehr, die in Gotha, ganz unter dem Boischerschen Vorzeichen, existenziell war. Dieser Steland war es, der jede Verständigung zwischen den Reichswehrtrouppen und Göttern mit der Arbeiterklasse verhinderte und der schärfste Feind gegen die Arbeiter predigte, die sich bewaffnet hatten, sonst aber noch „Gemein bei Fuß“ standen. Trotz des damalligen „Sieges“ der Marburger Zeitfreiwilligen und der Rum-schüttel-Brigade blieb Steland verschunden, und als er jetzt endlich wieder auftauchte, begrüßte ihn das Volksblatt wie folgt:

Leutnant Steland ist aus dem „Exil“ zurückgekehrt. In Leutnant Steland vereint das reaktionäre Bürgertum aller Schattierungen nicht mit Unrecht den Organisator des Rapp-Waisches, den Verursacher des März-Blutbades am gothaischen Proletariat. Er ist der Führer der Gegenrevolution, der Geländer der Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligen bezogen dem „Sieger“ von Gotha, dem Vertreter der Rapp-Wilhelms-Regierung, dem Teilnehmer und intellektuellen Führer der Rum-schüttel-Expedition gegen Gotha, sein Helidentum. Seine Talente als patentierter Retter des Vaterlandes vor dem Sozialismus und Bolschewismus, vor dem kommunistisch-sozialistischen Umsturz, sind unbestritten. Es ist unerhört, daß dem Sieger von Gotha nicht Kränze und Girlanden gewunden, Ehrenspitzen erteilt und weingeladene Jungfrauen zur Begrüßung bei seinem Einzug entgegen geschickt wurden. Wie ein Dieb in der Nacht ist er gekommen.

Diese harmlosen Begrüßungsworte haben aber nicht nur den Herren Steland, sondern auch die hohe Gothaer Reichswehr-Regierung auf den Plan gerufen. Am Sonnabend, dem 19. v. M., erschien der Brief und am Montag hatten Redaktion und Verlag bereits folgende Verfügung in Händen:

Der Regierungskommissar für Sachsen-Gotha. Gotha, den 21. Juni 1920.

Der Ausschuss „Hell und Segen dem Zurückgekehrten“ in Nr. 102 des Gothaer Volksblatts vom 19. Juni 1920 beschäftigt sich mit der Person des Leutnants Steland in Gotha in einer Weise, daß die persönliche Sicherheit des Angegriffenen außerordentlich gefährdet erscheint.

Auf Grund der §§ 5 und 7 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 10. April 1920 bestimme ich:

Schriftliche im Gothaer Volksblatt und der im gleichen Verlag herausgegebenen Druckchriften, die sich mit der Person des Leutnants Steland beschäftigen, unterliegen mit dem heutigen Tage der Zensurprüfung. Die Zensurabteilung ist mit in Doppel vorzulegen, beanstandete Teile sind vom Abdruck und von der Verbreitung ausgeschlossen. Auch die etwa beabsichtigte Veröffentlichung der vorliegenden Anordnung unterliegt dieser Zensurprüfung.

In Wirklichkeit war natürlich das teure Leben des in so räuberischer Weise beschlagnahmten Kapistens in seiner Einsicht bedroht. Den wahren Grund des Zensurverfahrens erkennt man, wenn man hört, daß am nächsten Tage dem Rostfist des Zensors einige Ausführungen unseres Parteiblattes zum Opfer fielen, in denen auf die Beziehungen Stelands zu den Marburger zeitfreiwilligen Subenten, den Arbeitermördern von Meißnerstadt, und auf die eigenartigen Verhandlungen vor dem Marburger Kriegsgericht hingewiesen wurde. In die Helidentaten der Zeitfreiwilligen im Gothaer Lande darf jedoch auf keinen Fall erinnert werden, und besonders soll nicht gesagt werden, daß die Herren Steland und Genossen Kapistens und die Urheber des Blutvergießens waren. Am jeden Zweifel zu heben, um was es sich bei dieser verwunderlichen Zensuraktion handelt, sei noch erwähnt, daß der Exzelle Bestabsbefehlshaber der Reichswehr, den der Begrüßte anscheinend ebenfalls zu Hilfe gerufen, dem Volksblatt auf Grund des § 11 des Preßgesetzes eine Verurteilung schickte, in der bestritten wird, daß Steland der Organisator des Rapp-Waisches in Gotha gewesen sei, und daß er der Vertreter der Rapp-Wilhelms-Regierung war. Man begreift den Witz, der hier die ein Interesse daran haben, die Spuren ihres Eintretens in die Rapp-Wilhelms-Regierung zu wischen; geht doch sonst der schöne Plan zuhänden, nach zu nehmen an der Arbeiterklasse für ihre energische Aktion gegen die Reaktion während der Märztage. Trotzdem dürfte die Verhängung der Zensur über eine deutsche Zeitung zum Schutze eines Kapistens eine Neuheit sein, die die Beachtung der gesamten Presse mit der Deffektivität überhaupt verdient!

### Von der kapitalistischen Internationale.

Die engen Verbindungen zwischen den Kapitalisten aller Länder, die vor dem Kriege bestanden haben, knüpfen sich sehr schnell wieder. Es ist dabei ganz gleich, ob es sich um sogenannte „Lebenshilfe“ oder neutrale handelt. Die Einflüsse ausländischer Kapitalisten in ganz Mitteleuropa ist ein deutliches Zeichen dieser Entwicklung und kaum ein Zweifel unres Wirtschaftslens bleibt davon unberührt. Eine interessante Gründung ist vor kurzer Zeit in der Schweiz erfolgt, wo eine „U. S. für Industriewerte“ gegründet worden ist, die durch den Ankauf von Aktien, Beteiligungen usw. besonders in den führenden Industrien (Eisen, Kohle, Metalle, chem. Werke usw.) Einfluß auf eine große Zahl internationaler Unternehmungen gewinnen wird. Ihr Verwaltungsrat setzt sich aus Schweizern, zwei Deutschen, einem Franzosen, einem Belgier und einem russischen Staatsangehörigen zusammen.

Dieses Beispiel, dem sich eine ganze Reihe anderer an die Seite stellen lassen, zeigt deutlich, wie sich die Kapitalisten aller Länder unbedenklich über alle „patriotischen“ Gesühle hinwegsetzen, wenn es sich um das Geschäftemachen handelt. Wenn sie sich einmal in die Haare fahren, so geschieht das nur deshalb, weil sich die einzelnen Kapitalistenklassen über dieses oder jenes Ausbeutungsobjekt nicht einigen können. Den bürgerlichen Völkern fällt dann die erhebende Aufgabe zu, das „Vaterland“ und die „nationale Ehre“ zu retten, das heißt, mit ihrem Blut die Geldsäcke ihrer Kapitalisten zu verteidigen.

### Eine Arbeitsgemeinschaft der Bauernblinder im Reichstage.

Die landwirtschaftlichen Abgeordneten sämtlicher bürgerlichen Reichstagsfraktionen haben sich, wie das Berliner Tageblatt erzählt, zu einem internationalen Bauernauschuss zusammengeschlossen, um gemeinsam die brennend gewordenen Fragen der Landwirtschaft zu beraten. Der Ausschuss hielt gestern nach Schluß des Plenums seine erste Sitzung ab, auf deren Tagesordnung der Abbau der Zwangsversicherung stand. Dem Ausschuss gehören Vertreter des Deutschen Bauernbundes, des Bundes der Landwirte, des bayrischen Bauernbundes, des Hessischen Bauernbundes, der christlichen Bauernvereine und der bayrischen Volkspartei an. In der konstituierenden Versammlung wurde betont, daß die Fraktionstendenzen unter allen Umständen gewahrt bleiben müssen.

### Die Reichswehr aus Würzburg zurückgezogen.

Auch in Würzburg waren dunkle Mächte am Werk, gelegentlich der Feuerungsstörung einen Vorwand für den Belagerungszustand zu provozieren. Der Aktionsausschuss der Gewerkschaften stellte am Mittwoch ein Ultimatum, worauf folgendes geantwortet wurde:

1. Das Angebot der Reichswehr ist heute vormittag zurückgezogen worden.

2. Der aufgebotenen Einwohnerwehr kann die organisierte Arbeiterklasse beitreten und wird auch sogleich vorverwendet.
3. Der Ausnahmezustand wird, wenn die Ruhe weiterhin bestehen bleibt, im Laufe des morgigen Tages aufgehoben werden (ist inzwischen geschehen).
4. Zwecks Abbau der Preise für Lebensmittel und sonstige Gebrauchsgegenstände werden mit den hiesigen Geschäftleuten und sonstigen Beteiligten Verhandlungen eingeleitet.
5. Zu den Verhandlungen werden die Vertreter der Gewerkschaften zugelassen.

### Zur Lage in Italien.

Das römische Blatt *Giornale d'Italia* meldet, daß die letzten aus den Marken und der Romagna eingetroffenen Berichte sehr günstig lauten. Die Ruhe ist wieder hergestellt, die Ausländer sind belagert. Auch in Fano und Rimini wird die Arbeit wieder aufgenommen. Die Ruhe in Vercelli und in der ganzen Provinz ist wiederhergestellt. Nur die Landarbeiter stehen noch im Aufruhr. Auch in Perugia dauert der Streik der Landarbeiter noch fort. Doch ist es dort bisher nicht zu Ruhestörungen gekommen. In Ferrara ist in einem Teil der Landschaft der Generalstreik ausgerufen worden, doch haben sich die Eisenbahner, die Elektriker und die Bäcker dem Streik bisher nicht angeschlossen.

### Deutschland.

#### Teilweise Wiederaufnahme der Arbeit in Pirmasens

Die Wiederaufnahme der Arbeit in den Pirmasenser Schufabrikanten hat nach einmonatiger Stilllegung aller Betriebe teilweise wieder begonnen. In etwa 20 Fabriken wurde die Arbeit in beschränktem Umfang wieder aufgenommen.

#### Demonstration der Staatsangestellten in Berlin.

Die Angehörigen der Reichs- und Staatsbetriebe veranstalteten Freitag nachmittag eine sehr zahlreich besuchte Kundgebung im Lustgarten, in der sie gegen die völlige Unzulänglichkeit des ihnen aufgegebenen Teils der Lohnforderungen, den sie als Mindestforderung der Angestellten gegenüber den gleichartig tätigen Beamtengruppen bezeichneten. Eine entsprechende Entschlossenheit wurde an die Adresse der Gewerkschaften mit dem Auftrage gerichtet, den Wortlaut zu geeigneter Zeit den Unternehmern der Regierung zu übergeben. Von einem Demonstrationssuche nach dem Finanzministerium lag man deshalb ab, weil das Gebäude innerhalb des Reichstagsbezirks liegt.

Ein Syndikat zum Betrieb der Donau-Schiffahrt. Der Times zufolge sind die Verhandlungen zwischen einem englischen Syndikat und mehreren Schiffahrtsgesellschaften verschiedener Nationalität, die sich mit dem Handelsverkehr auf der Donau befassen, zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht worden. Das Syndikat, dem hervorragende Finanz- und Schiffahrtsgesellschaften angehören, erwirbt nach dem Abkommen Anteile der erwähnten Donau-Schiffahrtsgesellschaften. Hiermit sei eine bedeutende Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Mitteleuropa zu erwarten.

### Kleine Auslandsnachrichten.

#### Kein Frauenwahlrecht in Belgien.

Die belgische Kammer hat bei der Debatte über die Revision der Verfassung den Antrag der katholischen Abgeordneten auf Einführung des Frauenstimmrechts mit 98 gegen 75 Stimmen abgelehnt.

#### Bolschewistenverfolgung in Dänemark.

Wie das Kopenhagener Zeit. Preßbureau mitteilt, sind dort eine weitverbreitete Bolschewistenverfolgung der Organisten verhaftet. In einer Nacht wurden viele Personen verhaftet, die es in Dänemark über 600 Kommunisten gibt, davon in Aaga 200.

#### Die Agrarreform in Litauen.

Wie die Berliner *Zeitung* aus Rom meldet, hat die litauische Regierung die große Agrarreform in Litauen eingeleitet. Der Gesetzentwurf betrifft die allmähliche Übernahme aller großen Bodenbesitzer durch den Staat. Ferner wird in ihm verlangt, daß alle Majorate, Kronlitter, Waldbestände, Seen usw. Eigentum des Staates werden sollen. Innerhalb der Parteien herrschen große Meinungsverschiedenheiten über den Gesetzentwurf.

#### Sieg der türkischen Nationalisten über die Griechen?

Daher Expreß berichten aus Konstantinopel vom 30. Juni, der Sultan habe von Brussa die Nachricht eines Sieges der Nationalisten erhalten, die Berahama eingenommen hätten. Die Griechen hätten mehrere tausend Mann verloren. Die Nachricht sei noch nicht bestätigt.

#### Annahme des österreichischen Friedensvertrages.

Der französische Senat genehmigte mit 193 gegen 93 Stimmen die Gesetzesvorlage über die Annahme des Friedensvertrages von St. Germain.

Auslieferung deutscher Luftschiffe. Das deutsche Bevollmächtigt B. 71 ist heute nachmittag mit einer gemischten deutsch-englischen Delegation auf dem Flugplatz von Fulda abgegangen.

Staatliche Regelung des Getreidehandels in Frankreich. Die Kammer hat den Gesetzesentwurf genehmigt, der der Regierung bis zur Ernte von 1921 das ausschließliche Recht zum Ankauf einheimischen und zur Einfuhr ausländischen Getreides verleiht sowie das Recht zur Beschlagnahme im Bedarfsfall. Der Entwurf verbietet auch die Verfüterung von Brotgetreide an Tiere.

### Gewerkschaftsbewegung.

#### Eine neue Betriebsrätezeitung.

Zu der kaum noch übersehbaren Fülle von Literatur über Betriebsräte ist eine neue Zeitung gekommen: die Betriebsrätezeitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Wir veröffentlichen hiermit die uns zugegangenen Abschriften, die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund als Zentrale der freien Gewerkschaften herausgegeben hat und die den Zweck haben, die Betriebsräte gewerkschaftlich zusammenzufassen, eine Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale der Arbeiter und Angestellten ins Leben zu rufen. Die literarische Vertretung dieser Zentrale soll die neue Betriebsrätezeitung sein.

Die ersten herausgekommenen erste Nummer der neuen Zeitung präsentiert sich mit einem Einführungsartikel der Schriftleitung, der etwas reichlich skeptisch stimmen muß, wenn er die künftige geistige Verfassung der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale widerspiegeln sollte. Die Schriftleitung liegt in den Händen von Dr. A. Striemer, dem Volkswirtschaftler des Vorwärts, der seine sozialistischen Fähigkeiten an ethisch-ästhetisierenden Passagen des Einführungsartikels erweist und eine klare Kampfstellung gegen das Kapital vermissen läßt. Was soll z. B. heißen:

„Das Wissen und die fachliche Tüchtigkeit allein tun es auch noch nicht. Die rein persönlichen Qualitäten, Charakter und Reife in der Lebens- und Weltanschauung sind unerlässlich, damit Führer und Vertrauensleute ihre hohen Aufgaben voll und ganz erfüllen können. Eine hohe Stufe sittlicher Reife müssen sie mitbringen haben, um selbst die Weberziehung der eigenen Treibe und Schwächen zu meistern, um aber auch den Mitmenschen mit dem

rechten Verständnis für ihre Eigenart, Schwächen und Vorzüge begegnen zu können. Auch auf diesem Entwicklungswege zur Gewinnung der rechten Stellung im Leben und zum Leben gibt es Lehrlinge, Gesellen und Meister. Meister in der hohen Kunst der Selbsterkenntnis und der Gestaltung der Lebensführung, der Kunst, mit Charakterstärke, Sinn für alles Edle und Schöne und Weisheit, die der Lebenserfahrung entströmt, ein echter und rechter Mensch zu sein. Wenn die Engländer sagen: „He is a gentleman,“ so meinen sie, er ist ein ganzer und echter Mann, und versehen ihm damit die höchste Würde. Die Zeiten des alten Handwerks, die schönen Symbole der Gilden und Zünfte, die bedeutende Erziehungsarbeit an den Menschen geleistet haben, sind leider dahin. Noheit der Gesinnung sind in recht bedrohlichem Maße Zeichen der neuen Zeit, der kapitalistischen, mammonistischen Wirtschaftperiode geworden.“

Dieser romantischen Ausflug ins Mittelalter mit seinen „schönen Symbolen der Gilden und Zünfte“ hätte sich der Einführungsartikel schenken sollen. Vielleicht keht sein Verfasser einmal Schoenlanks Buch: *Soziale Kämpfe vor 300 Jahren*, und er wird seine romantischen Schräullen hoffentlich etwas korrigeren. Ebenso unglücklich erscheint uns auch die geschichtliche Parallele, die der Einführungsartikel zwischen heute und früher zieht:

„Durch die Arbeiterbewegung Deutschlands, ja der Kulturwelt geht ein neuer, großer Zug, es sind die Zeiten der Reformation Anders, ja die Zeiten der Enttöschung des Christentums wieder gefehert. Die Menschen ringen um eine neue soziale Weltanschauung.“

Mit solchen historischen Vergleichen erweist man wenig gründliche Kenntnis vom Wesen der gesellschaftlichen Entwicklung und dem Charakter der modernen Arbeiterbewegung. Es ist darum verständlich, wenn gleichzeitig angekündigt wird, daß nicht nur die in den Großstädten vorzüglich ausgebauten städtischen kaufmännischen Fachschulen, sondern auch die Hochschulen für die Schulung der Arbeiterkräfte nutzbar gemacht werden müßten. Die Hochschulen, also die Universitäten, schlechtweg als Bildungstätten für die Betriebsräte anzukündigen, würde bedeuten, die Arbeiter den Vertretern der bürgerlichen Wissenschaft, der kapitalistischen Ökonomie auszuliefern, wie ja auch der Schreiber des Einführungsartikels an nicht wenig Stellen erkennen läßt, daß er selbst die Schäden der bürgerlichen Ökonomie noch nicht los geworden ist.

Die am 5. Juli tagende Reichskonferenz von Vertretern Agitationskommissionen und noch mehr der vom Alldeutschen Gewerkschaftsbund angeführten Kongreß-Betriebsrätebetriebsräte, ein brauchbares Instrument des ad geeignete Worten, ein entscheidendes Wort sprechen. Gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, wie auch ihrer literarischen Vertretung den Charakter einer auf den großen ersten Klassenkampf eingestellten Sozialismus mit Er- als ersten Klassenkampf eingestellten Deutschen Gewerkschaftsbund beabsichtigte Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale ein totesgeborenes Kind.

#### Die Nachrichtenstelle der sächsischen Staatsregierung.

Die Nachrichtenstelle der sächsischen Staatsregierung hat die Zeitungsnachrichten soll das sächsische Arbeitsministerium an den Verband sächsischer Industrieller die Anfrage gerichtet haben, wie er sich zu dem Vorschlag stelle, durch Tarifverträge eine Ueber-schreibung der achtstündigen Arbeitszeit durch den einzelnen Arbeitnehmer zu unterlegen und zu verhindern, daß dem Arbeitnehmer in solchen Fällen ein Ausschluß aus seinem Verband und strikto Kündigungs von Seiten des Arbeitgebers angebrocht würde. Diese Mitteilung ist unzureichend. Weder das Arbeits- noch das Wirtschaftsministerium haben mit dem Verband sächsischer Industrieller in dieser Angelegenheit verhandelt oder eine Anfrage an ihn gerichtet. Vielmehr hat der Landesratsausschuß des sächsischen Handwerks beim Wirtschaftsministerium über sogenannte Tarif-arbeit in diesen Handwerkszweigen Beschwerde geführt und darauf hingewiesen, daß zur Verhinderung nebenberuflicher Tätigkeit von sonst vollbeschäftigten Personen beispielsweise der Bezirksauschuss des Handwerks in Gluchau mit dem dortigen Arbeiter- und Gewerkschaftsartikel vereinbart habe, daß Ausschlüsse zur Ueberwachung der Einhaltung des Achtstundentages eingeführt würden, jeder Meister einen Gehilfen oder Arbeiter, der Nebenarbeit leistet, sofort entlassen müsse und einen solchen Gehilfen oder Arbeiter nicht einstellen dürfe, und daß bei Nebenarbeit betroffene Arbeiter aus ihrer Gewerkschaft ausgeschlossen werden. Das Arbeitsministerium hat diese Vereinbarung den Behörden mitgeteilt und den Abschlus entsprechender Vereinbarungen auch in anderen Orten empfohlen.

Der Verband sächsischer Industrieller hatte, wie wir in unserer Nummer vom 26. Juni geseht haben, die Gelegenheit benützt, um wieder einmal seiner feindseligen Stimmung gegen den Achtstundentag Luft zu machen.

#### Lohnbewegung der Galtshaus-Angestellten Leipzigs.

Nach nochmals in kleineren Kommissionen gepflogenen Verhandlungen, in denen die Unternehmer auf das letztgenannte Angebot noch einige Verbesserungen bewilligten, fand eine zahlreich besuchte Versammlung der Betriebsräte und „Männer“ statt. Nach einem Referat von Steppelt erklärte er, daß das neueste Angebot der Wirte, in der lebhafte Aussprache stellten sich die meisten Redner auf den Standpunkt einer kritischen Beilegung des Lohnkampfes. Einig war man sich in verschiedenen Anforderungen des Wirt-Vorschlages, von denen man das Zustandekommen des Tarifes abhängig machte. Folgende Entschliebung gelangte zur Annahme:

Die heutige Betriebsräte- und Obmannerversammlung des Gastwirts-gewerbes in Leipzig beschloß, in den Betrieben sofort Angelegte in verschiedenen abzugeben, die zu dem vorgelegten Lohnangebot Stellung nehmen und das Ergebnis, welches durch geheime Abstimmung festgestellt werden soll, bis spätestens Donnerstag, den 9. Juli der Lohnkommission mitzuteilen haben.

Die Berliner Straßenbahnen hatten angehts der ständig steigenden Preise für alle Lebensmittel neue Forderungen gestellt. Der Aufsichtsrat der Großen Berliner Straßenbahn hat nun beschlossen, den Arbeitern unter fester Bindung bis zum 1. Oktober eine neue nach den gegenwärtigen Sätzen und daneben eine monatliche Teuerungszulage von 100 Mk. für ledige, 150 Mk. für Eheleute und noch 40 Mk. für jedes Kind zu gewähren. Nach Lage der Dinge wird nicht angenommen, daß es zu einem Streik kommt.

Die Große Berliner Straßenbahn bekennt sich also demnach auch zu dem Prinzip der Entlohnung nach dem Familienstand.

Verantwortlich für den reaktionären Teil: Albert Fichte in Leipzig. Verantwortlich für den Antireaktionären Teil: Friedrich Piller, Vorarbeiter-Leipzig. Druck und Verlag: Verlag der Antireaktionären Arbeitervereine Leipzig. Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.





Für die **Ferien:**

Für die **Reise:**

Reisekörbe • Rucksäcke • Reisekoffer

Preiswerte Reisetaschen 75.00 55.00 48.00 25.00 18.00 16.00  
 Bozener Mäntel — Regen-Mäntel — Regen-Hüte  
 Reise-Mützen — Seifen-Dosen — Bürsten  
 Kämme — Toiletten — Brieffaschen usw.

**Bade-Anzüge und Bade-Mützen**

Spazierstöcke, Regenschirme, Reisedecken, Plaids, Thermosflaschen.

Ein Posten gute Waschkleider  
 für Mädels von 4 bis 16 Jahren  
 160.00 135.00 100.00 80.00 50.00

Sommer-Spielwaren: Sandspiele, Sandkarren, Schaufeln u. Rechen.

## Sonder-Angebot!

**Strohhüte**  
 für Damen, Herren und Kinder  
 haben wir im Preise ganz bedeutend ermässigt.  
 Wir empfehlen unseren Mitgliedern, sich dieses ganz  
 besonders günstige Angebot zu Nutzen zu machen.

Als außerordentlich billig empfehlen wir:

- Linon-Formen für Damen und Kinder ..... von 1.50 an
- Kinder-Hüte garniert und ungaryert. .... von 6.50 an
- Damen-Hut-Formen in Bast, Litze, Borden usw. von 10.00 an
- Damen-Sport-Hüte ..... von 11.50 an
- Damen-Hüte chik garniert ..... von 30.00 an
- Knaben-Hüte ..... von 1.75 an
- Herren-Hüte ..... von 10.00 an

## Konsumverein L.-Plagwitz und Umgegend. \* E. G. m. b. H.

Geschäftshäuser:  
**Plagwitz**, Karl-Heine-Strasse 46.  
**Reudnitz**, Dresdner Strasse 55.  
**Connewitz**, Südstrasse 109.  
**Gohlis**, Hallische Strasse 114.  
**Stötteritz**, Ferdinand-Jost-Strasse 25.

## Garten-Siedlung

am Völkerschlacht-Denkmal

In Leipzigs herrlichster und gesündester Lage, auf dem Areal rechts der Straße zwischen Probstheida und Carl-Neubors, soll durch die „Woba“ (Wohnungsbau Aktiengesellschaft Leipzig), eine großzügige Garten-Siedlung geschaffen werden. Ueber die Grundlagen der Anlage wird

am Dienstag, dem 6. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthof Probstheida ein

## Aufklärungs-Vortrag

durch den Vorstand unserer Gesellschaft, Herrn Direktor Weber, gehalten, wozu Gartenfreunde und Siedlungs-Interessenten hierdurch eingeladen werden. — Nach Beendigung des Vortrags werden die Plätze begeben. — Der Aufstellungsplan für das Areal ist ausgestellt: 1. In unserer Geschäftsstelle, Leipzig, Dufourstraße 4, Bestuhlung 9-12, 2-5 Uhr. 2. Im Gasthof Probstheida. 3. In der Grimmatischen Straße 32, im Schaufenster der Hinrichsen'schen Buchhandlung.

„Woba“, Wohnungsbau Akt.-Ges. Leipzig. Tel. 5466

## Bauarbeiter-Verband

Telephon: 8076. Bezirksverein Leipzig. Telephon: 8076.  
 Bureau: Gerberstraße 1, III (Hotel Victoria), Zimmer 35-37.  
 Geöffnet von 9-1 und 4-6 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr.

Dienstag, den 6. Juli, abends 6 1/2 Uhr, im Volkshaus, Seiler Str.  
**Mitglieder - Versammlung.**

Tagesordnung:  
 Das Ergebnis unserer Tarifverhandlung und Stellungnahme dazu.

Achtung, Baudelegierte! Alle Delegierten sollen sich mit Ausweis-  
 karten an der Gruppenversam-  
 lung Montag, den 5. Juli, abends 7 Uhr, beteiligen. Vor der Ver-  
 sammlung kurze Aussprache im Garten. Der Vorstand.

## Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Bureau: Gerberstr. 1  
 (Hotel Victoria), I. Stock,  
 Zimmer 9-6. Tel. 12700.

Zahlstelle Leipzig.

Bureau: Lindenau, Form.  
 0-1, nachm. 5-7 Uhr.  
 Sonnab. nur v. 9-11 Uhr.

Achtung! Arbeiter und Arbeiterinnen Achtung!  
 der Rauchwaren-Zurichtereien und -Färbereien

Dienstag, 6. Juli, abends 7 Uhr, im Goldenen Adler, Lindenau, Angerstr.  
**Große Versammlung.**  
 Die Tagesordnung ist äußerst wichtig und wird in der Versammlung be-  
 kanntgegeben. Niemand fehlt! Die Sektionsleitung.

Wer mich  
 beliebt mich  
 durch meine  
 laubere und  
 preiswerte  
 Arbeit.  
**Ferd. Fischer**  
 Uhrmacher.  
 Tauchaer Straße 10.

**Otto Kathert**  
 Lindonau  
 Merseburger Straße 127

• **Linsen** •  
 Pfund 3.50

• **Hafermehl** •  
 reines weißes  
 Pfund 3.25

**Oswald Rudolph**  
 Gravir-Anstalt  
 Kautschuk- u. Metall-  
**Stempel**  
 für u. Firmenstempel  
 Patechette und  
 Schrauben  
 Leipziger Str. 3, I. 1187

**Chem. Düngemittel**  
 Kainit, Kalk, verpöckelt, 10%  
 Düngekalk und Mergel  
 geb. zentn.-u. waggonweise ab  
**Günther, Hellmann & Co.**  
 Düngemittel-Groß- u. Klein-  
 Leipzig-Pl. Lauchstr. 58/1

**Zigaretten**  
 kaufen Sie vorteilhaft  
 und billig alle Sorten  
 in der Zigaretten-  
 Großhandlung  
**Heinrich Monderer.**  
 Kirchstraße 94.

**Metallbetten**  
 Stahlrahmtr., Rindbett,  
 Polster an jedem. Katalog frei  
 Ellenmöbelfabrik, Subi I. Thür.

**Tapeten!** Große  
 Auswahl  
 bill. Preise  
 mit Wachsdruck! Buntglas-  
 papier, (aut. Kleister)  
**Voigt's Tapetenhaus**  
 Ellenstr. 66, Ecke Poststr.

## U. S. P. D. Gross-Leipzig.

**Vollzeitungsträgerinnen von Mit-**  
**Leipzig.** Dienstag, den 6. Juli, abends 7 Uhr  
**Versammlung** im Volkshaus. Er-  
 scheinen aller ist dringend notwendig. Zimmer wird  
 an der Tafel bekanntgegeben. Der Einberufer.

**Mit-Leipzig.** 5. Juli findet keine Zusammenkunft  
 statt. Der nächste Vortrag ist Montag, den 12. Juli  
 im Jugendheim, Braustraße 17.  
 Die Vertrauensperson.

**Dr. med. R. Braun,** vormals Assistent der  
 dermat. Univer.-Klinik  
 Facharzt f. Hautleiden, Blasen- u. Geschlechtskrankheiten.  
 Lichtheil-Institut  
 praktiziert jetzt Brühl 23, II., Treppe A  
 vorm. 10-1; nachm. 3-6 1/2. Sonntags 10-12 Uhr.  
 — Kassenarzt. —

## Familien-Nachrichten

Ein arbeitsreiches Leben ging zu Ende!  
 Nach langem Leiden verstarb am Freitag,  
 dem 2. Juli, im Alter von 67 Jahren an Herz-  
 schwäche unsere liebe Mutter, Frau  
**Laura Ottilie verw. Böttcher**  
 Ihr Leben war Arbeit und Sorge. Der  
 Frieden vernichtete ihre Gesundheit. Der Tod  
 hat sie erlöst.  
 L. Reuschnefeld, Konradstraße 27  
 Die Trauernden Hinterbliebenen.  
 Die Beerdigung findet Montag, 5. Juni,  
 nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle des Süd-  
 friedhofs aus statt.

Allen zur Nachricht, das gestern früh unsere liebe und  
 verehrliche Mutter, Frau  
**Anna verw. Reinhardt**  
 nach plötzlichem Tod entschlafen ist.  
 Dies zeigen tiefbetruht an  
 Großsohn, Hermann-Beyer-Strasse 23  
**Die Trauernden Kinder.**  
 Beerdigung Montag, nachm. 4 Uhr, auf dem Friedhof.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme  
 und den großen Blumenkranz bei dem schmerz-  
 lichen Verlust unserer lieben Mutter, Frau  
**Anna Auguste Reinert**  
 sagen wir hierdurch allen Verwandten und Be-  
 kannten sowie der Firma Störz u. Co., ihren  
 Mitarbeiterinnen und Arbeitern und den Haus-  
 bewohnern unsern innigsten Dank.  
 Dir aber, liebe Mutter, rufen wir ein Ruhe-  
 sanft in deine kühle Gruft nach.  
 L. Reuschnefeld, den 2. Juli 1920  
**Die Trauernden Hinterbliebenen.**



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 3. Juli.

Parteilangelegenheiten.

Sitzung der Parteileitung.

Dienstag, den 6. Juli, abends 6 Uhr, im Volkshaus.

Stadtoverordnetenfraktion.

Montag, den 5. Juli, nachmittags 1/4 Uhr, wichtige Fraktions-sitzung im Rathaus.

Schneefeld. Frauendiskussionsabend Montag, den 5. Juli, abends 1/2 Uhr.

Frauenabend Leipzig-Connewitz. Montag, den 5. Juli, abends 8 Uhr, findet in der Veteranenhalle ein Frauenabend mit Vortrag statt. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Modau. Montag, den 5. Juli, abends 1/2 Uhr, Ortsklub in den Gesellschaftshallen, Neu-Modau. Alle Parteigenossen, die noch nicht eingeschrieben sind, treffen sich um dieselbe Zeit ebenfalls. Parteilegitimation und Militärpapiere mitbringen.

Gewerkschaftsaktionen.

Die Karten zum Gewerkschaftsfest am 1. August 1920 auf dem Sportplatz können bei den Verbänden eintrommen werden. Der Preis beträgt 1 Mk. Für lebhaften Absatz müssen die Gewerkschaftsmitglieder sorgen.

Die Beamten und der Sozialismus.

II.

Das große Heer der mittleren und unteren Beamten gehörte am 9. November 1918 zu den rechtlossten Schichten der deutschen Bevölkerung. Sie standen unter der Diktatur der Staatsgewalt, die von der hohen Bürokratie ausgeht wurde. Diese war mit autoritären Rechten ausgestattet; sie herrschte unumschränkt, und in dem Beamten, der ihr untergeordnet war, erblickte sie im Amt eine willenslose Maschine, die nur das auszuführen hatte, was ihr von oben befohlen wurde. Auch das Leben der Beamten außerhalb des Dienstes stand bis zu einem gewissen Grade unter der Kontrolle der hohen Bürokratie. Es waren dem Beamten Nichtsintin vorgezeichnet worden, die er zu beachten hatte. Harte Disziplinarverordnungen lasteten auf ihm. Er hatte nicht die Rechte, die dem gewerblichen Arbeiter zur Verfügung standen. Wehe ihm, wenn er etwa gewagt hätte zu streiken, öffentlich sozialdemokratisch zu wählen oder für die Sozialdemokratie tätig zu sein. Der Beamte durfte sich in patriotischen Vereinen zusammenfinden, „vaterländische“ Niederlingen und Bier trinken. Dagegen hatte die hohe Obrigkeit nichts einzusetzen. Ihr Mittel es aber schon, wenn der Beamte in Vereinen zusammenkam, in denen er Berufs- und Gehaltsfragen erörterte. Das Petitionswesen stand ihm formell zu, aber der Beamte wurde scharf angesehen, wenn er in Petitionen Beschwerden aus der Amtsstudie zur Sprache brachte oder seine schlechte Lage schilderte.

Bei diesem System kam der mittlere und untere Beamte sehr unglücklich weg. Er hatte wohl — wenn er nicht rebellisch wurde — eine „geschützte Existenz“, aber sie war auf „schmalen“ Gebieten aufgebaut; und außerdem stand er unter der Form und der Schärfe der hohen Bürokratie. Diese hatte dagegen eine bevorzugte Stellung. Sie bezog hohe Einkommen und herrschte. Kein Wunder, wenn gerade die hohen Beamten Mitglieder der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Nationalen Partei sind. Wenn sie ihren Willen, die Monarchie und das alte Herrschaftssystem wiederbekommen, so behalten sie ihre gut bezahlten und autoritären Stellungen. Ihr Horizont ist eng begrenzt. Das es ein Entwicklungsgeheiß gibt, daß auch einmal die Monarchie, das Ausbeutungssystem alt und morsch werden muß, untergehen und neuen Einrichtungen Platz machen müssen, das will in die Schädel vieler hohen Bürokraten nicht hinein. Das alte System ist für sie das vorteilhaftere. Deshalb wird es verteidigt, und deswegen hält man an den reaktionären, kapitalistischen Parteien. Und sie wissen ihre Position zu verteidigen. Das beweist die Tatsache, daß sich an ihrer Vormachtstellung auch nach der Novemberrevolution wenig geändert hat. Die Hauptstütze hieran tragen die alten Koalitionsparteien, vor allem die Rechtssozialisten. Diese haben ein neues Beamtenrecht in Aussicht gestellt. Sie hätten aber im Jahre 1919 unbedingt neue rechtliche Zustände schaffen müssen. Die kapitalistischen Parteien wollen nicht die Autokratie in den Amtsstudien beibehalten, denn sie ist eine ihrer Stützen. Die Rechtssozialisten hatten nicht den Mut in der Koalitionsregierung, energisch auf eine Umgestaltung des Beamtenrechtes zu dringen. Diese Regierung diente nur den Interessen der Besitzenden; daher auch die Aufrechterhaltung der bürokratischen Vorrechte.

Wenn die mittleren und unteren Beamten bürgerlich wählen, so stimmen sie damit für die Fortsetzung ihrer Bevormundung ihrer Unterdrückung durch die hohe Bürokratie, ganz abgesehen davon, daß sie damit auch eintraten für die Befestigung der völlig ungerechten Bevormundung der unteren Beamten und der zu reichlichen Bezahlung der hohen Bürokratie. Die Unterbeamten wollen das natürlich nicht; sie erstreben bessere Zustände, sie erreichen diese aber nicht durch die Stimmabgabe für die bürgerlich kapitalistischen Parteien.

Die unteren und mittleren Beamten müssen sich dem Sozialismus zuwenden, wenn sie aus der Not, aus der Unterdrückung herauskommen wollen. Sie gehören nicht zur Schicht der Besitzenden; sie können daher nicht Anhänger und Wähler der kapitalistischen Parteien sein. Sie gehören zu den Verlorenen, zum Proletariat und müssen daher zusammen mit der Arbeiterklasse eine Umgestaltung des Wirtschaftslebens auf sozialistischer Grundlage erkämpfen.

Dadurch kommen die Beamten aus ihrer wirtschaftlichen Notlage; der Sozialismus befreit sie auch von der Bevormundung durch die hohe Bürokratie. Er gibt ihnen mit der wirtschaftlichen Gleichberechtigung auch die rechtliche. Er verschafft ihnen erst die Demokratie, die Selbstbestimmung und Selbstverwaltung.

Die sozialistische Gesellschaft braucht für die Verwaltung ebenfalls einen Beamtenkörper. Dieser wird sich von dem jetzigen vor allem dadurch unterscheiden, daß in ihm die wirklichen Gesetze der Demokratie zur Geltung kommen.

Der kapitalistische, noch halb feudale Staatsapparat ist auf die Unterdrückung, auf die Niederhaltung der arbeitenden Bevölkerung, auf die Bedürfnisse der kapitalistischen Wirtschaft eingestellt. Mit ihm kann nicht die sozialistische Wirtschaft verlichtet werden. Hierzu ist eine neue Gesellschaftsverfassung nötig; sie ist das Ratsystem. Das ist nicht sowohl dem Arbeiter wie dem Beamten volle Demokratie zu. In ihm gibt es keine Autokratie. Alle Hand- und Kopfarbeiter, alle in der Verwaltung Tätigen haben gleiche Rechte. Es gibt dann keine Ernennung der höheren Beamten durch die Regierung. Die sozialistische Gesellschaft kann nicht daran denken, den hohen Beamten Vermögen als Einkommen zu gewähren und die unteren Beamten hungern zu lassen. Wenn auch die Entlohnung nicht völlig gleichmäßig ist, sondern nach der Leistung bemessen werden muß, so hat doch jedes Gesellschaftsmitglied Anspruch auf das Existenzminimum, das größer wird, wenn der Wohlstand der Gesellschaft wächst. Der nimmt zu, wenn wir die Erziehbildung der

Arbeit steigern durch Zusammenfassung der gesellschaftlichen Kräfte und durch den Ausbau der Technik der Produktion. So sehen die Beamten, daß der Sozialismus nicht ihr Feind, sondern ihr Freund ist, daß er ihnen Freiheit und Gleichberechtigung bringt. Er kommt aber nicht, wenn die Beamten den bürgerlichen Parteien angehören oder — wie die Rechtssozialisten — eine zähne Verhandlungspolitik treiben. Der Sozialismus kommt nicht von selbst; er muß erkämpft werden. Die Beamten gehören in die Reihen des revolutionären Proletariats. In Deutschland ist die Unabhängige Sozialdemokratie die Partei dieses Proletariats. Wer den Sozialismus will, muß daher der USPD angehören.

Verbotene Versammlung.

Das Polizeiamt teilt der Presse mit: In der Nummer 123 der Leipziger Volkszeitung vom 2. Juli 1920 befindet sich ein Inserat, betreffend die Veranstaltung einer Massendemonstration auf dem Augustusplatz. Die von der Ortsgruppe Leipzig der KPD. (Spartakusbund) einberufene Versammlung ist vom Polizeiamt als ungesetzlich verboten worden.

Auf eine telefonische Anfrage erhielten wir vom Polizeiamt die Auskunft, die Versammlung sei verboten worden, weil sie nicht angemeldet worden ist und weil in der Ankündigung der Versammlung die Bewaffnung des Proletariats gefordert wird. — Formal wird die Polizei sich bei ihrem Verbot auf irgend-einen Paragraphen des alten Reichsvereinigungsgesetzes berufen, nach dem Versammlungen unter freiem Himmel anmeldspflichtig sind. Nach der Reichsverfassung können Versammlungen unter freiem Himmel „bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden“. Ob eine solche Gefahr besteht, entscheidet natürlich die hohe Polizei nach ihrem subjektiven Ermessen, selbstverständlich „pflichtgemäß“, denn ein Polizeidirektor handelt immer „pflichtgemäß“. Ob er aber immer richtig handelt, ist eine andre Frage. Durch eine Versammlung, an der vielleicht höchstens einige tausend Personen teilgenommen hätten, wäre die öffentliche Sicherheit noch lange nicht gefährdet worden, ebenso wenig durch die Forderung nach der Bewaffnung des Proletariats. Damit stellt sich das Verbot als eine unwürdige polizeiliche Bevormundung der Arbeiter dar, die deutlich zeigt, wie herrschlich wir es in der „freiesten Republik der Welt“ gebracht haben.

Der zehnprozentige Lohnabzug für die Einkommensteuer

hat für die Arbeiter und Angestellten Nachteile in mehrfacher Beziehung. Bei Schaffung des Gesetzes ist das steuerfreie Minimum auf 1500 Mk. festgesetzt worden. Eine Summe, die bei der inzwischen eingetretenen Verteuerung des Lebensunterhaltes an sich viel zu niedrig, andererseits aber unsozial ist, weil das Existenzminimum mindestens steuerfrei bleiben müßte. Dann wird durch den Abzug der Betroffenen gezwungen, vor der Veranlagung die Steuern im Voraus zu entrichten und schließlich wird für diese mehr in Abzug gebracht, als er überhaupt an Steuern zu leisten hat.

Die Steuer beträgt bei Einzelpersonen bei 2000 Mk. Einkommen 2,5 Proz., bei 2500 Mk. 4 Proz., bei 3000 Mk. 5,17 Proz., bei 3500 Mk. 6 Proz., bei 4000 Mk. 6,75 Proz., bei 4500 Mk. 7,33 Proz., bei 5000 Mk. 7,90 Proz., bei 5500 Mk. 8,36 Proz., bei 6000 Mk. 8,73 Proz., bei 7000 Mk. 9,84 Proz. und bei 7500 Mk. 10 Proz. Bei Verheirateten mit Kindern senkt sich die Steuerleistung wesentlich. Der zehnprozentige Lohnabzug kommt also erst für Einzelpersonen bei 7500 Mk. für Verheiratete ohne Kinder bei 9000 Mk., für Verheiratete mit einem Kind bei über 10000 Mk. und für Verheiratete mit bis zu fünf Kindern unter 16 Jahren bei ca. 15000 Mk. in Betracht. Alle, deren Einkommen unter der Steuergrenze liegt, die 10 Prozent des Lohnes betragen soll, leisten also durch den Lohnabzug bis zu 7 1/2 Prozent mehr an Steuern, als sie eigentlich entrichten müßten. Sie stehen hierdurch gegenüber den Besitzenden insofern im Nachteil, daß sie die Steuern verlieren und zwar im erheblichen Maße höher, als sie zu leisten haben. Im Steuerausgleich des Reichstages scheint man an dem Grundsatz festhalten zu wollen, die Steuern an der Quelle zu erfassen, also den Lohnabzug weiter bestehen zu lassen, nur will man einen Weg suchen, daß man die Mehrleistung, als die Veranlagung betragen würde, abbauen will. Von den Unabhängigen ist die Befreiung des ganzen Lohnabzuges beantragt worden, sowie daß jedes Einkommen, das unter dem Existenzminimum liegt, steuerfrei bleiben soll.

Mit Beharrlichkeit gegen die Arbeiterklasse

versucht die Leipziger Allgemeine Zeitung das Unternehmertum zu fördern. Das äußere Organ pfeift aus dem letzten Loch; um seine schlechte finanzielle Lage zu heben, fabriziert es Artikel gegen die USPD, läßt sie auf besonderem Papier abgehen und mit einem Begleiterschriften den Unternehmern zugehen. Das Blatt sagt in den Briefen: „Wir verfolgen damit den Zweck, Sie erneut auf die feste Haltung unseres Blattes in der Wahrnehmung Ihrer Interessen aufmerksam zu machen, da wir bedauerlicherweise immer noch feststellen müssen, daß ein großer Teil der Unternehmerschaft uns weder mit Anzeigen noch Bezugsbestellungen unterstützt. Der politisch äußerst schwierige Boden in Leipzig macht uns das Festhalten an unserem Standpunkt nicht leicht, und wir bekennen offen, daß wir die tatkräftigste Unterstützung aus Ihren Kreisen brauchen.“

Die Hege gegen die USPD wird in der Leipziger Allgemeinen Zeitung also nur zu dem Zwecke betrieben, damit die Unternehmer das Blatt unterstützen, damit es am Leben bleibt. Kann eine Zeitung noch tiefer sinken? In einem solchen Morast befindet sich aber die ganze kapitalistische Presse.

Die Elternratswahl der Volksschule 46a, Lindenau, findet morgen vormittag von 9 bis 12 Uhr im Direktorzimmer, Merseburger Straße, statt. Die Gegner (Unpolitische Liste) machen große Anstrengungen. Es ist daher Pflicht aller Eltern, ihr Wahlrecht auszuüben, um unserer Kandidatenliste restlos zum Siege zu verhelfen. Wahlberechtigt sind beide Eltern oder Erzieher.

Elternabend der 32. Volksschule Dienstag, den 6. Juli, 1/2 Uhr, in der Fach- und Fortbildungsschule, Vöhrstraße, Vortrag über das Thema: Die Religion in der Volksschule.

Die Elternratswahl in der 48. Volksschule findet am 9. Juli von 4 bis 8 Uhr abends statt. Einsichtnahme in die Wahllisten und Wahlvorschlüsse am 3. und 5. Juli von 6 bis 8 Uhr abends.

Achtung, Connewitz! 6. Volksschule, Herderstraße. Morgen Sonntag, vormittags von 8 bis 11 Uhr, findet, worauf wir nochmals hinweisen, Elternratswahl statt. Beide Eltern haben Stimmrecht. Wahlansweise mitbringen. Es ist Pflicht aller Eltern, zu wählen. Wählt nur USPD, Liste Koppisch.

Elternabende. 20. Volksschule. Freitag, den 9. Juli, abends 8 Uhr, im Schulsaal: 1. Vom Wandern unserer Jugend (Lehrer Teichmann); 2. Bericht des Elternrates. — 24. Volksschule. Mittwoch, den 7. Juli, abends 1/2 Uhr, im Schulsaal: 1. Vorstellung des neuwählten Elternrates; 2. Wie erziehen wir

Körperliche, geistige und sittliche Erziehung unserer Schulkinder, insbesondere auch während der bevorstehenden Sommerferien? (Lehrer Bitt). — 38. Volksschule. Montag, den 5. Juli, abends 8 Uhr: Lichtbildvortrag über Bildung des Geschmacks (Zeichnungslehrer Lindemann). — 53. Volksschule. Montag, den 12. Juli, abends 6 Uhr: Turnen, Sport und Spiel (Lehrer Keller), unter Vorführung von spielenden Klassen. — 1. Fach- und Fortbildungsschule, Vöhrstraße 26. Mittwoch, den 7. Juli, abends 7 Uhr: 1. Begrüßungsansprache; 2. Vortrag: Bildung und Erziehung unserer Jugend durch die Fortbildungsschule (Lehrer Hänigsel); 3. Aussprache.

Die Mitzählung der von Schülern der 33. Volksschule (früher 19. Bezirksschule) eingehalten, aber noch nicht abgehobenen Kräfte an Lehren erfolgt letztmalig am Montag, dem 5. Juli, Dienstag, dem 6. Juli, nachmittags 3—4 Uhr, und Mittwoch, dem 7. Juli, 11—12 Uhr, im Zimmer 18.

Der erhöhte Grunderwerbsteuererhalt erhalten Auskunft über die Abstimmung in der Geschäftsstelle für Volksabstimmung in Oberlesertzen, Königsstraße 18, III. Telefon 3289.

Kraft. Vom Rate und den Stadtoverordneten der Stadt Leipzig war eine Erhöhung der Grunderwerbsteuererhalt der Leipziger Düngeportalkriegsgesellschaft mit rückwirkender Kraft ab 1. April beschlossen worden. Gegen die geforderten Nacherhebungen haben die Hausbesitzer Rekurs bei der Kreishauptmannschaft Leipzig eingelegt. Diese Rekurse sind vom Kreisausschuß zurückgewiesen worden, da der Rat bereits am 7. Februar befähigend gemacht hat, daß eine Erhöhung in Aussicht stehe und die bisherigen Tarifsätze nur als Abschlag erhoben würden.

Eine Schrift über die Reichseinkommensteuer. Erschienen ist im Verlage der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft die bereits angekündigte Schrift über die Reichseinkommensteuer von Rudolf Weck. Es handelt sich um eine gemeinverständliche Darstellung des Reichseinkommensteuergesetzes für Arbeiter, Angestellte, Beamte, unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitslohnsteuermessens, mit Beispielen für die Steuerberechnung, Steuertabelle und Tarif. Der Preis beträgt 1,50 Mk. Wir können die Anschaffung der Schrift unsern Lesern nur empfehlen. Sie ist durch unsere Filialen und durch die Austräger unserer Zeitung zu beziehen.

Reichswehrpolizei als antisemitische Agitatoren. Ein Leser schreibt uns: „Auf meiner Urlaubsfahrt von Dresden nach Döbeln am 16. v. M. stieg in Kössen ein Reichswehrpolizei in mein Hotel 3. Klasse und holte eine Handvoll Scherzblätter aus der Tasche, welche er sichtlich anfang und dann neben sich niederlegte. Nichts Gutes ahnend, nahm ich eins an mich, und was sah ich? Es waren Propagandaschriften gegen das Judentum. Auf man Steuern bezahlen, damit Reichswehr antisemitische Agitation betreiben kann? Ein mit mir in Dresden eingestiegener Herr, nach seinen Aussagen aus dem besetzten Gebiet, kaunte nicht schlecht, daß die Reichswehr zu berartigen Sachen gebracht wird.“

Fuhrwerkbesitzer und Gehirnführer, achtet auf eure Jungtiere! In den Straßen, die mit Straßenbäumen besetzt sind, werden, wie uns das Mohlfahrtspolizeiamt schreibt, immer zahlreicher auftretende Beschädigungen der Bäume durch Pferdebesitzer beobachtet. Die Beschädigungen bedeuten eine schwere Gefahr für die Bäume, und es ist deshalb Pflicht eines jeden Fuhrwerkbesitzer und Gehirnführers, beim Stehenlassen von bespanntem Fuhrwerk auf öffentlichen Straßen und Plätzen darauf zu achten, daß die Jungtiere nicht in die unmittelbare Nähe von Straßenbäumen zu stehen kommen. Dadurch wird ein Anstößen der Bäume verhindert und schließt sich jeder auch vor aller straf- und zivilrechtlichen Haftung für den durch das Anstößen der Bäume entstehenden Schaden.

Die Ausstellung: Garten und Rind, die von den Leipziger Schrebergärtnern vom 18. bis 22. September im Palmengarten veranstaltet wird, findet, wie man uns schreibt, lebhaftest Zustimmung. Zur ersten Abteilung — Obst, Gemüse und Blumen aus dem Kleingarten — haben sich bis jetzt 45 Vereine gemeldet. Außer ihnen erscheinen dort der Bezirksobstbauverein Leipzig mit einer Lehrgruppe; Anbaumüßiges Obst im Leipziger Kreise. In Abteilung 8 wird der Leipziger Bienenzüchterverein in einer Sondergruppe die Bedeutung der Biene für die Obstbefruchtung nachweisen. Da für die letzten beiden Gruppen — Baumschulen, Industrielle — Raum nur in beschränktem Maße zur Verfügung steht, werden lediglich die angesehensten Firmen berücksichtigt. Von ihnen hat sich die U.-G. Hugo Schneider bereit erklärt, die wichtigsten Abteilungen so zu beleuchten, daß die Ausstellung auch nach Eintritt der Dunkelheit besichtigt werden kann.

Um die Arbeiterärzte. In der Sitzung des Kreisausschusses am Freitag fand neben der Beratung einer Reihe Steuer- und Darlehensfragen der Gemeinden auch eine längere Aussprache über die Stellung der Arbeiterärzte statt. Die Bezirksversammlung der Amtshauptmannschaft Leipzig hatte die Einsetzung von zwei Arbeiterärzten als Kontrollorgane bei der Amtshauptmannschaft beschlossen und dafür eine Vergütung von 2000 Mk. eingestellt. Die Stadt Zwenkau und eine Anzahl anderer Gemeinden hatten nun gegen ihre Heranziehung zur Bezirkssteuer Einspruch erhoben mit der Begründung, daß ein Teil der Steuer zur Bezahlung von Arbeiterärzten verwendet werden solle, was gegen die ministerielle Verordnung verstoße. Die Aussprache im Kreisausschuß ergab, daß eine Klärung über die rechtliche Stellung der Arbeiterärzte noch nicht besteht und auch durch den Kreisausschuß nicht erfolgen konnte. Die Sache wurde daher von der Tagesordnung abgesetzt und erwartet, daß die Gemeinden ihren anteiligen geringen Beitrag für das erste Vierteljahr 1920 entrichten, ohne das Oberverwaltungsgericht in Anspruch zu nehmen.

Von der Leipziger Straßenbahn. Vom 3. d. M. an wird die Haltestelle Albersstraße und Höhe Straße in der Zeiger Straße einbezogen und dafür eine Haltestelle an der Schleierstraße eingerichtet. Aus Anlaß des am 4. d. M. stattfindenden Pferderennens verkehren, wie üblich, Einfaßwagen über Hauptbahnhof, Altes Theater, Tauchnitzbrücke und über Augustusplatz, Königsplatz von etwa 1,15 Uhr ab innere Stadt nach dem Rennplatz zu erhöhten Preisen.

Arbeiterbildungsinstitut. Sonntagabend 7 Uhr findet im Puppenpieltheater die Erstaufführung von dem neuen Stück Der schwarze Wolf statt. Wir bitten gleichzeitig unsere Ortsvereine, von dieser Veranstaltung Kenntnis zu nehmen und für dieses neue Stück ihre Jugend anzumelden.

Freidenker. Die angelegte Führung im Grassimuseum beginnt für Gruppe I (1—25) 1/2 Uhr, für Gruppe II (26—50) 1/2 Uhr, für Gruppe III (51—75) 1/2 Uhr. In der Führung können sich nur die Kursteilnehmer beteiligen. Fortsetzung der Führung am Sonntag, dem 11. Juli.

Zoologischer Garten. Die Direktion des Zoologischen Gartens bittet uns um Aufnahme folgender Mitteilung: Auf viele Anfragen hin wird hierdurch bekanntgegeben, daß die Führungen am Bienelehrstand in den nächsten Wochen allsonntäglich vormittags 1/2 Uhr stattfinden. — Sehr lohnend ist jetzt ein Besuch des Terrariums. Die rosettenförmig angeordneten Blätter einiger Wasserpflanzen haben die Oberseite des großen Beckens beinahe überdeckt. Die wunderbar blau gefärbten, gelb gefüllten Blüten der Nymphaea gigantea ragen auf schwanken Stielen über den Wasserpiegel empor. Daneben liegen die bereits mehr als tollergroßen unterseits stark behaarten Blätter der Victoria regia, die an ihrem Außenrande auffällig nach oben gebogen sind. Wer sich für den Entwicklungsengang dieser Riesen in der Wasser-pflanzenwelt interessiert, wird an den beiden hier vorhandenen Exemplaren seine Studien machen können.



**Knochen- und Kleinfleischverkauf.** Baumgarten, Mollkestraße, Sonntag von 8 bis 9 Uhr auf alle Nummern Pöfelfleisch.  
**Schlachthof, Schauamt II.** Täglich von 9 bis 12 Uhr auf Hausaltkarte Ausgabe von einer Dose Rinderulasch 7,40 Mk. und einer Dose Leberpaste 4,50 Mk. sowie dänischer Fleisch-Brühwürfel.

### Lebensmittellieferanten für Montag, den 5. Juli.

**Für Haushaltungen.**  
Anmeldung, Weizenmehl — abzugeben 2 E und K der Lebensmittelkarte Reihe P (375 Gramm); Zusatzlebensmittellieferanten 4 für Kriegsgefangene (250 Gramm); Fleischmarkenstreifen X 1—5 (100 Gramm).  
Nährmittel usw. für Kinder bis zu zwei Jahren: abzugeben H 1, M 1, N 1, Z 1 der neuen Lebensmittelkarten S 1, S 2, S 3.  
Nährmittel für Schwangere: abzugeben SN 1 der neuen Sonder-Lebensmittelkarte für Schwangere, Stillende usw.  
Ausgabe, Butter und Kospelkaffee: Letzter Tag — bestellt mit Landesfestkarte T 1 (100 Gramm Butter und 150 Gramm Kospelkaffee); Festkarte 6 für Kriegsgefangene (50 Gramm Butter); Sonderbutterkarte 105.  
Auslandschweinefleisch für Schwerkrankenbeschädigte: Ausgabe Schauamt (Schlachthof) nachmittags 3—5 Uhr.

### Für Händler.

Schweinefleisch: Bezugstarientnahme und Abgabe der Bezugskarten Fe 25, nur bei den Buttergroßhändlern.

### Polizeinachtichten.

**Warnung an Eltern!** Einem 10 Jahre alten Knaben, der für seine Eltern ein Brot holen sollte und frei in der Hand eine Brotkarte für den Monat Juni trug, ist jene Karte an der Ecke der Kreuz- und Gabelsbergerstraße entfallen worden. Der Täter, ein etwa 25-jähriger, ungefähr 1,75 Meter großer, blonden Mann mit kurzgeschlittenem Schnurrbart, braungebranntem Gesicht und bekleidet mit hellgrünlichem, abgetragenen Militäranzug und Feldmütze mit rotem Band, ergriff, von dem Knaben verfolgt, die Flucht und ist entkommen.

**Strahnenunfälle.** Zeugen gesucht! Am 14. Juni, vormittags nach 8 Uhr, ist in der Nähe des Hauptbahnhofes bei dem Häuschen der Strahnenbahn am Bülcherplatz eine Frau durch einen Brotwagen umgerissen und verletzt worden. Ferner ist am 22. v. M. ein Radfahrer in der Nikolaistraße in der Nähe des Grundstücks Nr. 39/45 von einem Geschirr der L. D. E. G. gestreift worden und zu Falle gekommen. Als der Radfahrer versuchte, den Namen des Ruffers festzustellen, wurde er von diesem mit einer Pfefferbüchse auf die Hände geschlagen und dabei verletzt. — Am 20. v. M., vormittags gegen 10 Uhr, wurde in der Kaiser-Wilhelm-Straße ein in L. Lindenau wohnender 68 Jahre alter Rechner von einem Motorwagen der Linie 12 umgefahren. Er erlitt erhebliche Verletzungen. — Am gleichen Tage, etwa 1 Stunde später, ereignete sich ein ähnlicher Unfall in der Dieskaustraße in L. Klein-Schöcher, wo ein 65-jähriger Knabe in einem im Gange befindlichen Strahnenbahnwagen hineingelaufen war. Er wurde umgerissen und kam unter die vordere Plattform zu liegen. Er trug starke Hautabschürfungen an den Beinen, besonders aber am Kopfe davon. Die Verunglückten fanden Aufnahme im Krankenhaus St. Jakob. Ob fremdes Verbrechen vorliegt, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben. — Zeugen der geschilderten Vorfälle wollen sich recht bald bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Wache melden.

**Beim Baden ertrunken!** In einer etwa mannstiefen Wache in der Sandgrube an der Alten Salsstraße, in der natürlich das Baden verboten ist, ist am 28. d. M., nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr, ein 10-jähriger Schulfreier ertrunken.

### Veranstaltungen der Sozialistischen Proletariatsjugend Groß-Beipzig.

**Allgemeines.** Alle Kassierer haben umgehend die Zeitung Nr. 10 abzurechnen. Ebenfalls müssen die Sonnenwendfeierkarten bald besichtigt werden.  
**Montag, den 5. Juli 1920, abends 7/8 Uhr, Kreisdelegierten- und Bezirksvertreterkonferenz.** Wichtige Tagesordnung.  
**Mittwoch, den 7. Juli, abends 7/8 Uhr, Kreisdelegierten- und Bezirksvertreterkonferenz.** Wichtige Tagesordnung.  
**Freitag, den 9. Juli, abends 7/8 Uhr, Kreisdelegierten- und Bezirksvertreterkonferenz.** Wichtige Tagesordnung.  
**Sonntag, den 11. Juli, abends 7/8 Uhr, Kreisdelegierten- und Bezirksvertreterkonferenz.** Wichtige Tagesordnung.  
**Montag, den 12. Juli, abends 7/8 Uhr, Kreisdelegierten- und Bezirksvertreterkonferenz.** Wichtige Tagesordnung.  
**Dienstag, den 13. Juli, abends 7/8 Uhr, Kreisdelegierten- und Bezirksvertreterkonferenz.** Wichtige Tagesordnung.  
**Mittwoch, den 14. Juli, abends 7/8 Uhr, Kreisdelegierten- und Bezirksvertreterkonferenz.** Wichtige Tagesordnung.  
**Donnerstag, den 15. Juli, abends 7/8 Uhr, Kreisdelegierten- und Bezirksvertreterkonferenz.** Wichtige Tagesordnung.  
**Freitag, den 16. Juli, abends 7/8 Uhr, Kreisdelegierten- und Bezirksvertreterkonferenz.** Wichtige Tagesordnung.  
**Sonntag, den 18. Juli, abends 7/8 Uhr, Kreisdelegierten- und Bezirksvertreterkonferenz.** Wichtige Tagesordnung.  
**Montag, den 19. Juli, abends 7/8 Uhr, Kreisdelegierten- und Bezirksvertreterkonferenz.** Wichtige Tagesordnung.  
**Dienstag, den 20. Juli, abends 7/8 Uhr, Kreisdelegierten- und Bezirksvertreterkonferenz.** Wichtige Tagesordnung.  
**Mittwoch, den 21. Juli, abends 7/8 Uhr, Kreisdelegierten- und Bezirksvertreterkonferenz.** Wichtige Tagesordnung.  
**Donnerstag, den 22. Juli, abends 7/8 Uhr, Kreisdelegierten- und Bezirksvertreterkonferenz.** Wichtige Tagesordnung.  
**Freitag, den 23. Juli, abends 7/8 Uhr, Kreisdelegierten- und Bezirksvertreterkonferenz.** Wichtige Tagesordnung.  
**Sonntag, den 25. Juli, abends 7/8 Uhr, Kreisdelegierten- und Bezirksvertreterkonferenz.** Wichtige Tagesordnung.  
**Montag, den 26. Juli, abends 7/8 Uhr, Kreisdelegierten- und Bezirksvertreterkonferenz.** Wichtige Tagesordnung.  
**Dienstag, den 27. Juli, abends 7/8 Uhr, Kreisdelegierten- und Bezirksvertreterkonferenz.** Wichtige Tagesordnung.  
**Mittwoch, den 28. Juli, abends 7/8 Uhr, Kreisdelegierten- und Bezirksvertreterkonferenz.** Wichtige Tagesordnung.  
**Donnerstag, den 29. Juli, abends 7/8 Uhr, Kreisdelegierten- und Bezirksvertreterkonferenz.** Wichtige Tagesordnung.  
**Freitag, den 30. Juli, abends 7/8 Uhr, Kreisdelegierten- und Bezirksvertreterkonferenz.** Wichtige Tagesordnung.  
**Sonntag, den 1. August, abends 7/8 Uhr, Kreisdelegierten- und Bezirksvertreterkonferenz.** Wichtige Tagesordnung.

### Sächsische Angelegenheiten.

#### Aus der Volkshammer.

In der Volksammer stand gestern der Etat der sogenannten Landesversicherungsanstalt zur Beratung. Im Staatshaushaltsplan für 1920 waren, da sich die Posten nicht im voraus berechnen ließen, vorläufig 18 Millionen Mark als Berechnungsgeld eingesetzt worden. — Der jetzt vorgelegte Haushalt soll dieses Berechnungsgeld ersetzen. Er schließt bei 101 959 811 Mk. Einnahmen und 127 445 888 Mk. Ausgaben mit einem vom sächsischen Staat zu leistenden Zuschuß von 25 486 077 Mk. Die Hauptsumme der Einnahmen sind 101 944 311 Mk. Beitrag des Reiches. Die Landesversicherungsanstalt gliedert sich in drei Gruppen mit der Leitung in Dresden, Leipzig und Chemnitz oder Zwickau. Jede Gruppe umfasst 2—4 Abteilungen zu je drei Hundertschaften, technischer Hundertschaft, berittener Staffeln und schwerer Sektion. Als Standorte sind vorgesehen Dresden und Leipzig mit je zwei Abteilungen, Meißen, Zittau, Chemnitz, Zwickau und Plauen mit je einer Abteilung. Die endgültige Entscheidung über die Standorte soll erst erfolgen, wenn die Standorte der Reichswehrformationen feststehen.

Der Rechtssozialist Cassa lang ein Loblied auf die Polizeitruppe und forderte eine höhere Besoldung. Alle die berechtigten Beschwerden, die in den letzten Monaten gegen die Landesversicherungsanstalt erhoben worden sind, suchte er zu entkräften und zu entschuldigen. Und das fiel ihm gar nicht schwer, steht er doch

in der Truppe in erster Linie ein Mittel, politische Karrieren und Quitsche zu bereiten. Deshalb hält er es auch für berechtigt, wenn die Nachrichtenkommissare Erkundigungen einlegen über die Parteizugehörigkeit von Betriebsräten usw.

Das er sich dabei im völligen Einverständnis mit dem demokratischen Redner befand, versteht sich von selbst. Herr Schierlandt findet den Gedanken unerträglich, daß sich die Entente einmüht und verlangt, daß die Sicherheitswehr nicht militärisch eingerichtet wird. Wo soll das bloß hinführen. Eine starke Staatsautorität ist doch die erste Voraussetzung aller Arbeit. Natürlich hat Herr Schierlandt auch soziale Gründe. Was soll aus den 100 000 Mann werden, die wir von unserer herrlichen Reichswehr abstreifen sollen und die nach der Ententenoie nicht in die Sicherheitspolizei aufgenommen werden sollen? Die Sorge um die Vermehrung der Arbeitslosigkeit ist zwar nicht unbegründet. Aber es müht immerhin etwas merkwürdig an, wenn gerade bei dieser Gelegenheit die Besorgnis so außerordentlich in den Vordergrund gerückt wird. Als die Millionen Arbeiter aus dem Heere entlassen und pöblich arbeitslos wurden, hat im bürgerlichen Lager kaum ein Mann danach getrachtet. Und damals handelte es sich um Leute, die Jahre lang alle Unbilden des Kriegs erduldet und um einige Pfennige Sold stündlich ihr Leben aufs Spiel gesetzt hatten, während bei der Reichswehr nur Teil recht jugendliche Leute in Betracht kommen, die die Strapazen des Feldzuges meist nur aus den Erzählungen der Zurückgekehrten kennen gelernt haben.

Auch der Abgeordnete Bühler untertrifft mit einem Hinweis auf die im Auge befindliche Wirtschaftskrise die Notwendigkeit einer politischen Polizei. Darin erschöpft sich ja die politische Weisheit des kapitalistischen Bürgertums. Sein Mittel gegen Hunger und steigende wirtschaftliche Not sind Handgranaten und Maschinengewehre.

Noch einen Schritt weiter ging der Deutschnationale Adler, dem die Truppe eigentlich viel zu demokratisch ist. Er wünscht vor allem, daß die Offiziere der alten Armee herangezogen und die Kommissare beseitigt werden, die unter Umständen einmal der Armee in den Arm fallen könnten, wenn sie einen Schlag führen sollte. (1)

Um so nachdrücklicher wendete sich Genosse Liebmann gegen den militärischen Charakter der sogenannten Sicherheitspolizei. Wenn auch die Zusammenfassung der Mannschaften im Augenblick keine Befürchtungen erwecken brauche, so sei doch das System zu beanstanden, das einen rein militärischen Charakter trage und die ganze Einrichtung zu einem neuen Instrument des alten Militarismus stempelt. Den Namen für diese Behauptung erbrachte unser Redner durch einen Hinweis auf die einzelnen Ausgabeposten des Etats. Daß dem Verbrecherum entgegengetreten wird, ist eine Selbstverständlichkeit. Aber dazu braucht man keine Kanonen, Maschinengewehre, Flammenwerfer und andere Waffentypen. Besonders scharf zeichnete Genosse Liebmann den politischen Charakter der Landespolizei und die Spitzelhaftigkeit einzelner ihrer Organe, wobei er dem rechtssozialistischen Redner nachwies, daß er sich mit seiner Auffassung über den Charakter der Einrichtung in direktem Gegensatz zur Presse seiner eigenen Partei, zur Chemnitzer Volksstimme befindet.

Schließlich hielt noch der Minister Kühn eine Art Beruhigungsgrede, in der er die Bedenken gegen die Truppen zu zerstreuen versuchte. Dabei mußte er aber zugeben, daß die Regierung über eine Reihe von internen Vorgängen in der Landespolizei überhaupt nicht oder sehr mangelhaft unterrichtet ist.

Die Vorlage wurde dem Haushaltsausschuß A überwiesen.

Sodann kam der von unser Fraktion im Rechtsausschuß eingebrachte, aber auf allerhand juristische Bedenken der Ministerien vor 14 Tagen zurückgehaltene Antrag auf schärfere Durchführung der Kontrollbestimmungen durch die Heberwachungsanstalten, und vor allem auf Schaffung höherer Machtsbefugnisse für die Mitglieder der Anstalten zur Beratung. Im Rechtsausschuß hatte die Regierung erklärt, daß ein Teil der Forderungen bereits auf dem Verordnungswege erledigt werde. Trotzdem widerlegten sich unsere Vertreter dem Bestreben, den Antrag überhaupt fallen zu lassen. Es kam schließlich ein in ursprüngliche Fassung abändernder Vorschlag der Mehrheitsfraktion zur Annahme, durch den die Regierung erzwungen wird, darauf hinzuwirken, den Mitgliedern der Heberwachungsanstalten das Recht der Beschlagnahme zu sichern.

In der Debatte wies Genosse Kühn noch einmal darauf hin, daß angesichts der offenen Begünstigung der Schieber und Salschändler durch die nachgeordneten behördlichen Organe ein energisches Vorgehen der Regierung im Interesse der Volksernährung geboten ist, und wie verfehlt es gewesen wäre, den Antrag fallen zu lassen, wie es zunächst in der Absicht der Ausschussmehrheit lag.

Auch der Rechtssozialist Krause wies darauf hin, daß gerade in der letzten Zeit die Nahrungsmittelebhaber einen größeren Umfang angenommen haben, während sich der Deutschnationale Kammelsberger auch bei dieser Gelegenheit für die Beseitigung der Zwangswirtschaft ins Zeug legte.

Besonders bemerkenswert ist, daß die Demokraten die Schieber und den Wucher dadurch indirekt unterstützen, daß sie mit der Regierung gegen den Antrag stimmten, der nur mit zwei Stimmen Mehrheit angenommen wurde.

Als letzter Punkt der Tagesordnung stand eine sozialdemokratische Anfrage wegen der Notlage der vogtländischen Stickerindustrie zur Beratung. Zur Begründung wies der Abgeordnete Graupe auf die sich immer mehr auswachsende Krise hin, unter der besonders die Arbeiterklasse stark zu leiden hat. Die Regierung führt den Notstand auf den Mangel an Roh- und Brennstoffen, sowie auf die allgemeine Depression zurück. Sie steht aber den Dingen vollständig hilflos gegenüber und mußte erklären, daß sie keine Mittel zur Abhilfe wisse.

Die bürgerlichen Vertreter sehen natürlich den einzigen Weg in dem Ausbau des kapitalistischen Systems. Demosse Dreßler gab in einer längeren Rede einen Rückblick auf die Entwicklung der vogtländischen Industrie und hob die Unmöglichkeit hervor, ohne Umgestaltung des gesamten Wirtschaftslebens eine Gesundung herbeizuführen. Wir werden auf die Angelegenheit noch in einem besonderen Artikel zurückkommen.

### Die Reichsartoffelstelle klagt.

Aus Berlin wird uns amtlich mitgeteilt:  
In der Sächsischen Volkszeitung Nr. 138 wird die Neuorganisation der Kartoffelwirtschaft auf Grund der Verordnung vom 21. Mai 1920 zum Anfang genommen, um schwere Vorwürfe gegen den Leiter der Reichsartoffelstelle zu erheben. Die aufgestellten Behauptungen sind unwahr und entbehren jeder Unterlage. Es ist daher gegen den verantwortlichen Redakteur der Sächsischen Volkszeitung Strafantrag wegen verleumderischer Beleidigung gestellt worden.

Das genannte Zentrumsorgan knüpfte in einem Artikel an die Bestimmung der Reichsartoffelstelle, daß neben den landwirtschaftlichen Genossenschaften nur eine einzige Händler-Genossenschaft und zwar die „Zentralgenossenschaft des Kartoffelgroßhandels“, zum Einkauf zugelassen werden sollte, und daß die Einkaufspreisprovision 1,75 Mk. für den Zentner betragen sollte. Diese sogenannte Zentralgenossenschaft sei die Gründung eines Glogauer Kartoffelhändlervereins. Der Vorsitzende dieses Vereins war früher Vorstand der Reichsartoffelstelle, er mußte weichen, weil er trotz ehrenwörtlicher Zusicherungen Privatgeschäfte in Kartoffeln gemacht hatte. Er verstand es aber, seinen langjährigen Vereinsleiter Wilm zum Direktor der Reichsartoffelstelle zu machen, nachdem über Wilms Konkursschulden ein Vergleich herbeigeführt worden war. Dieser Herr Wilm will aber nun seine Staatsstellung aufgeben und Direktor jener Zentralgenossenschaft werden, die aus kaum 100 Personen besteht, welche Herrn Frühling geschäftlich oder persönlich nahe stehen. Nach den Ausführungsbestimmungen der Reichsartoffelstelle sollen nun für alle gehandelten Kartoffeln 25 Pf. pro Zentner an die Zentralgenossenschaft und 40 Pf. an Vertrauensleute abgegeben werden, die

nachträglich als Verkaufsamt der Genossenschaft ernannt werden. Auf diese Weise würde für die Genossenschaft ein Geschäft von 12 Millionen herausgehen. Erscheine es somit erklärlich, weshalb die Kommunen zum Verkauf von Kartoffeln angereizt werden, so erscheine dies angesichts des hohen Preises von 30 Mk. pro Zentner noch erklärlicher. Der normale Preis aber werde ein wesentlich niedrigerer sein, weshalb sonst einseitige Landwirte den Preis der Reichsartoffelstelle als zu hoch bezeichnen.  
Der Prozeß kann recht interessant werden.

### Verstaatlichung eines Bergwerks.

Aus Zwickau meldet Wolffs Landesbericht: In der heute hier abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der Aktiengesellschaft Steinlohlenbauverein Gottes Segen, Zugun wurde folgender Antrag des Aufsichtsrats nach lebhafter Opposition seitens der Minderheit der Aktionäre mit 6848 gegen 5888 Stimmen angenommen: Die Gesellschaft wolle beschließen, den Vorstand der Gesellschaft zu ermächtigen, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Vermögen der Gesellschaft als Ganzes oder gemäß §§ 803 und 804 des Handelsgesetzbuches an den sächsischen Staat unter Vereinbarung des Ausschusses der Liquidation sowie unter gewissen Bedingungen zu veräußern. Nach der Vorstand von der ihm erteilten Ermächtigung zur Übertragung des Vermögens an eine Gewerkschaft Gebrauch, so wird die Aktiengesellschaft Steinlohlenbauverein Gottes Segen zu Zugun aufgelöst.

Gegen diesen Antrag machte sich eine lebhaftere Opposition der Minderheit geltend, die von einer Verstaatlichung des Berges, dessen Aktien zum größten Teil bereits im Besitze des Staates sind, nichts wissen wollte. Die Minderheit gab schließlich einen Protest gegen die Abstimmung zu Protokoll, wofür die Vertreter der Aktien des Staates an der Abstimmung teilgenommen hatten, was rechtlich unzulässig sei.

### Die vogtländischen Lehrer zur Befolungsordnung.

Die am 20. Juni in Schönau unter Leitung von Bezirkslehrer Stengel stattgefundene Massenversammlung der Lehrerschaft des gesamten Vogtlandes nahm zur Befolungsordnung folgende Entschlüsse an:

„Volkshammer und Volksregierung haben nach der Befolungsordnung die Einziehung der Lehrer so gelöst, daß die Lehrer der Klasse nach Klasse 10 kommen. Darin drückt sich eine Mißachtung der Arbeit an der Bildung des Volkes und eine Verkennung der Zusammenhänge zwischen der Volksbildung und der Befolungsordnung aus, die der Volkshammer, der Volksregierung und dem Volksstaate wesensfremd sein mußte und die man von ihm nicht erwarten durfte. Zum ersten Male in der Geschichte der Befolungsfrage war der Fall gegeben, daß die in Betracht kommenden Stellen, Kultus- und Finanzministerium, in richtiger Erkenntnis der Zusammenhänge zwischen der Bildungshöhe und Befolung für die Erfüllung der berechtigten Wünsche der Lehrerschaft eintraten. Dem Gesamtministerium blieb es vorbehalten, vor dem dazugehörigen Personalrat des Ministeriums des Innern, das so die Rolle einer Nebenregierung mit vollem Erfolgsrisiko spielte, die Segel zu streichen. Die Volkshammer ihrerseits fand nicht die notwendige Energie, die Interessen der Klasse des Volkes zu schützen, sondern erlag der geschäftsgewandten Taktik der Geheimräte und der Revolverpolitik der mittleren Beamtenklasse.“

Auf einer Linie mit dieser verschiedenen Bewertung der Volks- und höheren Schulbildung liegt die höhere Bewertung der Verwaltungswelt der Direktoren gegenüber der Erzieherarbeit des Lehrers. Auch hier zeigt sich die völlige Verkennung des Wertes der bildenden Arbeit am Volke.

Die am 20. 6. in Schönau versammelte Lehrerschaft des gesamten Vogtlandes erhebt deshalb gegen die Befolungsregelung schärfsten Einspruch.

Sie wird die Regelung nie als eine endgültige ansehen und erwartet von Regierung und Volkshammer eine gerechte Einziehung der Lehrer an Volksschulen unmittelbar vor die Lehrer an höheren Schulen. Nicht ihre Schuld ist es, wenn auch in Zukunft der Lohnkampf einen großen Teil der wertvollsten Kräfte des Lehrerstandes aufzehren wird.

Gleichzeitig erklärt sich die Versammlung solidarisch mit dem Proteststreik der Dresdner Lehrerschaft.“

### Maschinengewehre in einer Studentenwohnung.

Dresden, 2. Juli. Ein großer Waffenfund ist in Dresden bei einer Zimmervermieterin in der Hindenburgstraße von der Polizei gemacht worden. Dort wohnte ein angeberlicher Student der Technischen Hochschule, der der Vermieterin dadurch verdächtig wurde, daß er besonders arghes und laweres Gewad mit sich führte, das er sorgfältig verstaute. Sie benachrichtigte die Polizei, die die verstaute Schränke und Kästen öffnete. Man fand in dem Zimmer ein Maschinengewehr großen Kalibers und zwei kleine Maschinengewehre, sowie mehrere geladene Revolver und eine Leuchtpistole. Ferner eine große Rüte mit scharfer Munition. Die Beschlagnahmten Waffen wurden zum Volksgewandhaus gebracht. Die Verhaftung des Studenten ist bisher noch nicht erfolgt.

### Neue Richter und Staatsanwälte für Sachsen.

Der Haushaltsausschuß A beschäftigte sich gestern mit dem Mangel an Richtern und Staatsanwälten in Sachsen. Man beschloß, 45 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte zu bewilligen, da die Befüllung dieser Stellen ganz ungeheuer sei und eine Besserung in Zukunft nicht zu erwarten sei. Ferner sprach man sich dahin aus, daß der Ministerpräsident in Zukunft auch ein Ressort mit verwalten solle, obwohl von der Regierung dagegen Einwände erhoben wurden.

### Von Nah und Fern.

**Beraubt und aus dem fahrenden Zuge geworfen.**  
Auf der Fahrt von Berlin nach Hamburg wurde vor einigen Tagen der Koloniar Bekmann aus Beipzig überfallen und aus dem fahrenden Zuge geworfen. Den Bemühungen der Hamburger Kriminalpolizei gelang es nun, die Täter in Hamburg festzunehmen. Gestern Abend konnten der 19-jährige Landwirtswirtschaftler Ernst Adolf Otto Oldenburg, gebürtig in Treptow, und der gleichaltrige in Berlin geborene Otto Christian Herzog in einer Wirtschaft aufgelesen und verhaftet werden. Nach längerem Leugnen gestanden sie die Tat. Die beiden Burchen, die stellenlos waren, führten mit einer gewissen Jenßen nach Hamburg. Unterwegs plünderte die Jenßen im Zuge herum und entdeckte in einem Abteil zweiter Klasse Lettmann. Sie veranlaßte ihre Helfershelfer, Lettmann zu berauben und eventuell zu töten. Es wurde beschloffen, Lettmann zu berauben und ihn aus dem Zuge zu werfen. Nachdem die Tat vollbracht worden war, wurde der Raub geteilt. Oldenburg und Herzog erhielten jeder 1200 Mark, während die Jenßen 1500 Mark nahen.

### Die Millionenfledlungen in Essen.

Essen, 3. Juli. (Z.-U.) Die Untersuchung gegen den hier verhafteten angeblichen Hauptmann Rudra ergab, daß er weder Hauptmann, noch ein Kette des bekannten Generals ist, sondern es nur bis zum Unteroffizier gebracht hat. In seiner Eigenschaft als Leiter des gesamten Verfallungswesens standen ihm Warenbestände aller Art zur Verfügung. Durch die Unterschlagungen und Schiebung hat er sich riesige Beträge auf die Seite gebracht. Die Untersuchung der noch recht dunklen Angelegenheit, an der auch noch andre Personen beteiligt sein müssen, wird fortgesetzt.

**Arbeiter! — werdt neue —**  
**Volkszeitungsleiter.**



Die Steine.

Von Konrad Voeltz.

Unbehaun kam ohne seine Frau nicht zurecht. Die tausend Gegenstände in seiner Wohnung schienen ihm verhetzt, er versäumte seine Zeit mit dem Suchen nach Dingen, die er eben in der Hand gehalten zu haben glaubte...

„Wo ist denn nur der gottverdammte Reimtopf?“ tobte er im Zimmer herum. Endlich fand er ihn in dem Wandschrankchen, und neben dem Topf lag das Röhrchen mit dem Sublimat des Redakteurs.

„Es wäre eine väterländische Tat, seine produktive, aber eine Tat der Reinigung, wenn dieses Dasein beendet würde.“ dachte Unbehaun plöblich. „Aber ich bin der Vater; man würde mich einen Mörder nennen.“

Er erschrak darüber, daß er sich bereits mit Einzelheiten beschäftigte. Gleichwohl las er in einem Lexikon über Sublimat nach. Die Ärzte, benutzten es als Antiseptikum.

„Einstweilen konnte er ruhig eine solche Lösung machen. Er holte das Röhrchen, warf die Kapseln in eine leere Arzneiflasche und schüttelte sie mit wenig Wasser tüchtig, bis sie zergingen.“

Während der nächsten Tage hütete er sich ängstlich, an die Flasche zu denken, und überließ der Wanduhr den geistlichen Gedanken.

„Ich bin ja viel zu sehr dazu. Ob ich wohl Gewissensbisse haben würde?“ Raustolmlos fiel ihm ein. Aber bei ihm lag der Fall doch ganz anders.

Zufällig sah er auf einem Regal ein leiblich wohlwandelndes Kräftigungsmittel, das für seine Frau angeschafft worden war. Er nahm die Flasche und ging damit ins Nebenzimmer zu seinem Sohn.

„Nicht trinken!“ warnte der Vater, stellte die Flasche auf eine Kommode und ging wieder hinaus. Nach kurzer Zeit hörte er an der dünnen Wand ein Stöpfelgeräusch und Stöhnen.

„Helf! Helf!“ rief Gottlieb. „Ihr seid feige! Ihr stecht den Kopf wie Strauße in den Sand! Ihr arbeitet, ihr zahlt die Steuern, mit denen sich die Faulheit mäkt.“

Unbehaun hatte, wie schon gesagt, keine Vorliebe für seinen Schwager; aber die Reinheit seines patriotischen Willens bewieselte er nicht im geringsten.

„Morgen stelle ich ihm das Sublimat hin.“ nahm er sich vor. „Rein, morgen muß ich ihn erst noch sicherer machen.“

Walter Rehn.

„Ich fette so ein unmäßig mähtiges Dasein...“ Erschütternde Worte aus der Feder eines Mannes der vor Jahren als neuer Stern besungen wurde, dem man versprach, an seinem Punkte nicht länger gleichmäßig vorübergehen zu wollen.

verlogen.“ Dieser Grundsatz Kleines zeigt sich in dieser verfahrenen Zeit in aller Wahrheit und Schärfe. Man kostet jetzt die Folgen der ganzen Einklings- und Geheimratswirtschaft der verflochtenen königlichen Machtperiode aus.

Walter Rehn lebt gegenwärtig in Dresden ein einsames Leben. Der Grundzug seines Wesens sucht Auswirkung, indem er jergüßlich und bis zur Dual gesteigert den Sinn des Lebens hin zu den Dingen sucht, die das Leben ihm zeigt.

„Mein Weg mit dem Weibe“ (Zyklus von 17 Tafeln), heißt sein „Hohes Lied“ der Liebe. Zwei Menschen sollen durch das erwachende, blühende Land, erfährt vom neuen Werden der Natur.

„Bergangen.“ Mit unendlich weiten, welchen Bogenstrichen auf der Blöcke spielend, stehen Gestalten am Lager. Wunderbare Symbolik des Verwehenden, Schwingen der Nerven zur Ruhe nach der Erregung.

„Mütter aus den Jüssen.“ „Propheeten.“ „Ende.“ „Von den Guten und Bösen.“ um sind in der Zeit von 8-10 Uhr täglich im Ludwig-Richter-Haus, Hainstraße 10 (Durchgang), zu beschäftigen.

„Wörter aus den Jüssen.“ „Propheeten.“ „Ende.“ „Von den Guten und Bösen.“ um sind in der Zeit von 8-10 Uhr täglich im Ludwig-Richter-Haus, Hainstraße 10 (Durchgang), zu beschäftigen.

Kleine Chronik.

Zweiter Musikabend des Soz. Rede- und Lesabends. Bach und Händel kamen an diesem Abend mit gut ausgewählten Werken zu Worte. In einer kurzen Einführung gab Genosse Ramey ein Charakterbild der durch diese beiden Meister vertretenen Kunst und wies besonders auf ihre Bedeutung für das Völkertum hin.

IV. Sommer-Sinfonietagert. Ein Mozart-Abend. Die Gellert des Rokoko zu beschwören, ist ein schönes Unterfangen. Es gehört dazu ein äußerst feines Stillsitzen und ein über alles technisches erhabener Tonkörper.

Puppenspiele Mehlpfah. Die Zwergen schlicht bet Wolkenstein, väterländisches Schauspiel aus dem Ergebtige in 6 Akten. Warum „väterländisch“ wird während des Spiels nicht ganz klar.

Bühne für Kunstfreunde (Gespensker). Der vorangehende Brolog: „An die Freunde“ von Halenclewer wurde von Herrn Bahgel gesprochen, vor einem unruhigen und zu spät kommenden Publikum.

Reif war von Anfang an glaubhaft. Kläre Gropengiebers Frau Helene Moing war zu jugendlich, die Bewegungen zu schlaffig. Man glaubte ihr Alter nicht. Doch im 3. Akte fand sie sich zurecht. Hier war sie dem dramatischen Höhepunkt ihrer Rolle gewachsen und zeigte erschütternde Momente.

Schauspielhaus. Für Anton Grand, der sich einige Tage schon muß, spielt in den nächsten Aufführungen der Zwangseinquartierung Bernhard Wildenhalin die Rolle des Kommissarates Schwalbe, die er vorgestern mit großem Erfolg plöblich übernommen hat.

Volksbühne. Gustav Raeders Gesangsposse Robert und Bertram, die zur Zeit allabendlich auf dem Spielplan steht, hat der Volksbühne bislang die größten Einnahmen seit ihrem Bestehen gebracht.

Theater in der Elsterstraße. Infolge Erkrankung wird der Spiplan dahin abgeändert, daß am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, zu kleinen Kreisen Sudermanns Schauspiel Johannisfeuer in Szene geht.

Kammermusik im Gewandhaus. Sonntag, abends 7 Uhr, findet die IV. Kammermusik des A.-B.-J. im Gewandhaus statt. Der Abend ist Schubert gewidmet und bringt von seinen Werken: Klaviertrio B-Dur, Fantasie C-Dur für Klavier, Streichquintett C-Dur.

Die Gründung einer Ortsgruppe der Kantgesellschaft in Leipzig ist erfolgt. Es soll damit ein Sammelplatz für die philosophischen Interessen Leipzigs geschaffen werden. Der Name Kantis an der Spitze des Programms bedeutet in keiner Weise Festlegung auf eine bestimmte philosophische Richtung.

Die Schriftstellerin Dena Cheiki in München, als Erzählerin bekannt, hat sich vergiftet, nachdem gegen sie wegen arger Mißhandlungen eine Untersuchung eingeleitet worden war. Im berühmten Strohbad des herrlichen Krieges wurde mancher Gefunde merrallisch krank und zum Verbrecher, während die robusten Verbrecher in Zivil und Uniform sich gesund machten.

Wochenplan.

Neues Theater: Sonntag, 7 1/2 Uhr: Die Meisterfänger von Nürnberg; Montag, 7 Uhr: Eibachen des Eremiten; Dienstag, 7 Uhr: Der Waffenschmied; Mittwoch, 7 1/2 Uhr: Der Troubadour; Donnerstag, 7 Uhr: Der Freischütz; Freitag, 7 1/2 Uhr: Die verkaufte Braut.

Neues Operntheater: Sonntag, 7 1/2 Uhr: Liebe im Schnee; Montag, 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul; Dienstag, 7 1/2 Uhr: Die Fledermaus; Mittwoch, 7 1/2 Uhr: Die Dollarprinzessin; Donnerstag, 7 1/2 Uhr: Die Garbasfürstin; Freitag, 7 1/2 Uhr: Die Fledermaus; Sonnabend, 7 1/2 Uhr: Der Bieligeliebte; Sonntag, nachm. 3 Uhr: Die ideale Gattin.

Leipziger Schauspielhaus: Sonntag, 7 1/2 Uhr: Zwangseinquartierung (Einh.-Fr.), abends 7 1/2 Uhr: Zwangseinquartierung. Montag bis Sonnabend, 7 1/2 Uhr: Zwangseinquartierung. Sonntag, 7 1/2 Uhr und 7 1/2 Uhr: Zwangseinquartierung; Montag, Dienstag, 7 1/2 Uhr: Zwangseinquartierung.

Leipziger Volksbühne: Sonntag, 7 1/2 Uhr: Robert und Bertram (B.-B.), abends 7 1/2 Uhr: Robert und Bertram; Montag, 7 1/2 Uhr: Robert und Bertram (Werk. f. d. Arbeiterb.-Zust.); Dienstag bis Sonntag, abends 7 1/2 Uhr: Robert und Bertram (Serie 17 bis 22).

Theater in der Elsterstraße (Kammermusik): Sonntag, 4 Uhr: Johannisfeuer; 7 1/2 Uhr: Die Ruffbahn; Montag bis Sonnabend, 7 1/2 Uhr: Die Ruffbahn; Sonntag, 4 Uhr: Johannisfeuer; 7 1/2 Uhr: Die Ruffbahn.

Eingeliefene Schriften.

Das Herz Frankreichs. Eine Anthologie französischer Freiheitskriege. Herausgegeben und überfetzt von Ivan Goll und Claire Goll-Studer. Verlag von Georg Müller, München. Preis 5.20 M.

„Morgen stelle ich ihm das Sublimat hin.“ nahm er sich vor. „Rein, morgen muß ich ihn erst noch sicherer machen.“ (Fortsetzung folgt.)



# ASTORIA

Windmühlenstrasse 31 Fernruf 18195-06

Erstaufführung!



## Die Katastrophe eines Volkes

Grosses episches Drama in 7 Akten.

Hauptrollen:

**Dortan Renè, Gil de Costa, Ria Mabeck**  
und der übrige Spielplan.  
Nur für Erwachsene über 18 Jahre.

# COLOSSEUM

Roßplatz 12-13 Fernruf 18195-06



Der überaus grossen Nachfrage wegen nochmals

## Die Geächteten (Der Rivalmord)

Grosse Monumentalschöpfung in 7 Akten.

In den Hauptrollen:

**Alfred Abel, Leonhard Haskel, Rosa Valetti.**  
Jugendvorstellung.

# UNIVERSUM

Roßplatz 6 (Café Bauer) Fernruf 18195-06

Alleiniges Erstaufführungsrecht!

## ? Gefesselte Menschen

(Können Gedanken lösen!)

Ein nordisches Drama in 6 Akten.  
Mit einem Künstler-Ensemble von Welt Ruf.

In den Hauptrollen:

**Kaiser-Titz, Leopoldine Konstantin, Käthe Dorsch, Ilka Grüning, W. Diegelmann, P. Hartmann.**

## OSSI OSWALDA

im Lustspiel in 3 Akten:

## Wenn vier dasselbe tun!

Nur für Erwachsene über 18 Jahre.

# LINDENFELS

Karl-Heine-Strasse 50 Fernruf 18195-06

## CIRCUS WOLFSON

die letzte Galavorstellung  
6 hochspannende Akte 6

Aus dem Inhalt: Der rätselhafte Affe Colli — Sprung einer Artistin aus 60 m Höhe — Die grandiose Wasserpantomime

**Lia Ley** im Lustspiel in 3 Akten. **Lia als Sherlock Holmes**  
Jugendvorstellung. und der übrige Spielplan. Jugendvorstellung.

# WINTERGARTEN

Eisenbahnstrasse 56 Fernruf 18195-06

**Luise Preusser — Emil Mamelock** im Gesellschaftsdrama in 5 Akten

## Herrin ihrer Tat

**Lotte Neumann**

im Lustspiel in 4 Akten

## Die Frau im Doktorhut

Jugendvorstellung.

Jugendvorstellung.

**Verein der Saal- und Konzert-**  
**Lotahaber Leipzig (E. V.)**

**Albertgarten Leipzig-Anger**  
Morgen Sonntag  
von 4 Uhr an  
**Großer Ball.**

**Drei Mohren** Inhaber: Bruno Pillar.  
Strassenbahn-Linien:  
20, 21, 8, 5 und 6.  
Sonntag 1/2 5 Uhr  
Montag 6 Uhr **Großer Elite-Ball.**

**Giskeller L.-Connewitz** Fernruf:  
35398  
Sonntag 4 Uhr **Feiner Ball**  
Dienstag 6 Uhr

**Gasthof Neustadt** Leipzig-Neustadt  
Kirchstrasse 99  
Fernsprecher 13848  
Inh. Arno Köhler  
Morgen Sonntag  
von 4 Uhr an **Ballfest.**

**Gasthof Neureudnik** Stöttericher  
Strasse 7  
Inh. R. Krosso  
Sonntag 4 Uhr **Gr. Ballfest.**  
ab 5 1/2 Uhr

**Gasthof Stünz** Leipzig-Stünz  
Strassenbahn 3 und 8  
Inhaber: Karl Grothe  
Sonntag 4 Uhr **Großes Ballfest.**  
4 Uhr

**Mockau, Alter Gasthof** E. Löschner  
Fernruf 12278  
Sonntag, von 4 Uhr an **Elite-Ball.**  
4 Uhr an

**Neuer Gasthof Gohlis** Gohliserstrasse  
Fernruf 51297  
Bel. Frau A. Klöppel  
Sonntag 4 Uhr **Großer Elite-Ball.**  
Dienstag 6 Uhr

**Schillerlöbchen L.-Gohlis**  
Sonntag und  
Montag  
**Großer Damenball.**  
Sonntag 1/4-6 Uhr: **Großes Gartenfrekonzert.**

**Tanz-Palast** Friedrichshallen, L.-Co.  
Brandstrasse 13  
Besitzer: Eugen Schulz.  
Fernsprecher 36426.  
Sonntag, von 4 Uhr, jeden Freitag von 1/2 7 Uhr an  
**Der vornehme Ball.**  
Im Restaurant: **Täglich Konzert.**

**Volkshaus** Sonntag, ab 4 Uhr  
im großen Festsaal  
**Ball.**

Bei günstiger Witterung Gartenkonzert.  
Heute Sonnabend ab 6 Uhr im großen Saal  
**Großer Varieté-Abend u. Kommerz**  
**des Arbeiter-Athleten-Bundes.**

Sonntag  
**Ausstellung der Fassadenzeichnungen**  
für den Neubau des Volkshauses.

# Reichsverweiser

Leipzig-Reichshof :: Moritz Platz

Strassenbahn 1 und 8

Morgen Sonntag, nachmittags von 4 Uhr an

**Großer Elite-Ball** sowie **Gartenfrekonzert**  
Schöne Anlagen. — Gemüthlicher Aufenthalt für Familien.  
Dienstag, den 6. Juli, ab 7 Uhr **Fogtrott-Abend** Dienstag, den 6. Juli, ab 7 Uhr  
unter Mitwirkung des vorzüglichen Tanzpaares H. Kurze und Fr. Tilla Stiefel.  
Tanz frei! Nur Damen engagieren.

**Tanzpalast und Diele**  
**Löwenpark**  
L.-Stü., Endstat. 6 u. 18



Morgen 5 Uhr  
**Das eleg. Ballfest**  
Nächsten Mittwoch  
**11. gr. Damenball**

**Sommerfest**  
Artikel, Paternen mit Licht  
u. Stod 90 Wg., Rindertrag-  
säbe, Abbliespapier, Sterne  
usw. Ständige Ausstellung f.  
Lombola. Spezialgeschäft  
E. Wagner, Dresdner Str. 20.1

**Raucher dank!**  
Das sicherste Mittel, das  
Rauchen ganz od. teilweise  
einzustellen, Wirkung ver-  
blüffend. Auskult. unsonst.  
**Institut Englbrecht**  
München R. Kapuzinerstr. 9



**Phot. Vergrößerungen**  
in künstlerischer, lebens-  
wahrer Ausführung  
fertigt als Spezialität  
preiswert  
**Robert Proosdorf**  
Laden:  
Bayersche Strasse 41.

**Gosenschlößchen, Eutritzsch**  
Morgen Sonntag  
**Grosses Ballfest**

## Naturpark Schleussig

Morgen Sonntag **Großes Frühmoppenkonzert**  
vorm. ab 10.50  
nachmittags **Große Part.-Konzerte**  
3.30 bis 11 Uhr  
ausgef. v. Philbarm. Blasorchester, Leit. P. Scheiber.

## Morgen Sonntag Ball

Verein der Saalhaber im Bezirk der Amtshauptmannschaft Leipzig.  
Geschäftsstelle: Gasthof Zweinaundorf — Telephon 7642.



- Baalsdorf Gasthof** A. verw. Fritzsche Oeffentliche Fernsprechstelle
- Böhlitz-Ehrenberg** Böhlerhäuser Biersch. Inhaber: O. Naumann Telephon 84114
- Cröbern Gasthof** Inhaber: O. Liebezelt
- Crostewitz Gasthof** Telephon 172 Inh.: G. Naumann Amt Gaschwitz
- Dölzig Gasthof zum goldenen Löwen** Inhaber: Eduard Wust
- Gasthof Schießgraben** bei Gölhren Inhaber: E. Mühlhng Tel. 164, Amt Gaschw.
- Sommernachtsball mit Reigenfahren** vom Radfahrverein Sestowitz
- Großdeuben Gasthof zum weißen Roß** M. Kühn Tel. 187, Amt Gaschwitz
- Großmiltitz Gasthof** Telephon 348 Inh.: R. Doubel Amt Markranstädt
- Großstädteln Feldschloß** Oeffentliche Fernsprechstelle Franz Winter
- Großschocher Gasthof zum Trompeter** A. verw. Hempel Tel. 41 085
- Kartmannsdorf Gasthof** Oeffend. Fernsprechstelle Louis Bach
- Holzhausen Sächsisches Haus** Inh.: M. Schweizer Tel. 16 966
- Knautkleeberg Gasthof zum weißen Roß** Inh.: H. Schlippe Tel. 40 089
- Lausen Gasthof** Telephon 55 Inh.: Fr. Bernhardt Amt Markranstädt
- Leutzsch Alter Gasthof** Inhaber: Emil Schäfer Telephon 5875
- Leutzsch Schwarzer Jäger** Inhaber: Ernst Diecke Telephon 5748
- Liebertwolkwitz Drei Linden** Inh.: O. Karst Tel. 1848
- Lindenthal Deutsches Haus** Inhaber: Otto Hönemann

- Markkleeberg Gasthof Heiterer Blick** L. verw. Mocker Tel. 35 651
- L.-Mockau Neuer Gasthof** Inhaber: Karl Müldner
- Oetzsch Gasthof zur Linde** Inh.: Richard Aermlich Telephon 35 642
- Paunsdorf Alter Gasthof (Endstation der 8)** Inh.: Rich. Albrecht Tel. 60 288
- Heute Sonnabend Stiftungsfest mit Ball** des Arbeiter-Turnvereins Paunsdorf
- Paunsdorf Neuer Gasthof** Inh.: Friedrich Müller Tel. 60 941
- Plaußig Gasthof** Inhaber: Hermann Fiedler
- Portitz Gasthof** Telephon 887 Inhaber: Richard Polter Amt Taucha
- Rückmarsdorf Gasthof zum Sandberg** L. Creutzmann Tel. 34 022
- Schönau Neuer Gasthof** Inhaber: Joh. verw. Geißler
- L.-Schönefeld Gesellschaftshaus** Inh.: Otto Haupt Tel. 14 889
- Sommerfeld Alter Gasthof** Telephon 85 Inh.: H. Böhme Amt Borsdorf
- Wahren Birkenlöbchen** Inhaber: Otto Lehmann Tel. 15 948
- Wahren Terrasse und Obstweinschänke** Inh.: Wilhelm Krämer Tel. 51 328
- Zöbiger Gasthof zum Damhirsch** Inhaber: M. Schulz 15 Min. von der Endstation „Sternbahn“
- Zöbiger Friedenseiche** Inhaber: Max Nlge
- Zuckelhausen Gasthof** Inh.: Karl Schulze Tel. 9016
- Zweinaundorf Gasthof** Inh.: B. Petzold Tel. 7642



Reichstag.

6. Sitzung, Freitag, den 2. Juli.

Im Ministerbüro: Hermes.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Zuerst kommen kleine Anfragen zur Erledigung, darunter die des Abg. Warming (Dnnt.), warum der große Auftrag über 700 000 Meter Militärstoff für die Sicherheitspolizei nach England gegeben worden sei, trotzdem die englische Firma 100 Mt. pro Meter mehr verlangte, wie die deutschen Firmen, und der englische Stoff außerdem noch umgefärbt werden mußte, was einen Gesamtpreiserhöhdung von 88 000 000 Mt. ausmachte.

Der Regierungsvertreter erwidert, daß es sich um einen Ausnahmefall handelt. (Lachen.) Die Sicherheitspolizei sei unzureichend versehen gewesen, und da es trotz monatelanger Bemühungen nicht gelungen wäre, in Deutschland sofort den Bedarf zu decken, wurde der Auftrag mit Genehmigung des Preussischen Ministeriums des Innern nach England gegeben. (Lachen und Unruhe.) Es folgen einige weitere kleine Anfragen.

Besprechung der Regierungserklärung

Fortgesetzt.

Reichsernährungsminister Dr. Hermes gibt einen Überblick über die wirtschaftliche Lage. Die schwierigen Verhältnisse des Wirtschaftslebens können nur unter verständiger Mitwirkung des ganzen Volkes überwunden werden. Nur durch die intensive Ausnutzung der heimischen Scholle können wir die Nationen erhöhen und können wir nach und nach abkommen von der steigenden Abhängigkeit vom Auslandsgeld. Es bedarf erheblicher Einfuhr, die bei dem niedrigen Stande des Marktpreises nur zu Preisen möglich ist, die weit über den Inlandspreisen liegen. Ueber 10 Milliarden Mark hat das Reich bereits zur Verbilligung der Lebensmittel zur Verfügung gestellt. Durch die Verordnung vom 18. März dieses Jahres sind für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse Mindestpreise festgelegt, um dem Landwirt einige Sicherheit zu geben. Bei der Bemessung des Kartellpreises wurde über die Produktionskosten hinaus noch ein Zuschlag gewährt. Ferner wurde bestimmt, daß die unbillige Festlegung der Preise bis zur Ernte unter Berücksichtigung der Steigerung der Produktionskosten erfolgen sollte. Für den Winter wird die Kartellverlängerung bei der ersten günstigen Ernte eine Besserung erfahren und damit unsere gesamten Ernährungsverhältnisse für die kommende Ernte ist der Weg der Ermittlung im Wege der Indexzahlen beschritten. Es ergibt sich, daß die Produktionskosten am 1. Juni etwa 70 Prozent höher waren, als im Anfang des Jahres. Es ist das besonders zurückzuführen auf die höheren Preise für künstlichen Dünger und auf die höheren Arbeiterlöhne. Das Reichsministerium hat den Durchschnitt der Preissteigerung in den ersten fünf Monaten des Jahres in der Höhe von ungefährt 55 Prozent als Grundlage für die Preisfestlegung genommen. Er ergibt für die Lüneburger 1500 Mt., für Kartoffeln 500 Mt., für Roggen 1550 Mt., für Weizen 1750 Mt., für Kartoffeln 500 Mt. Der Mindestpreis für Kartoffeln hat also das ganze Wirtschaftsjahr zu gelten; eine Erhöhung soll vermieden werden. (Zuruf: Soll!)

Die Verhältnisse im Ausland weisen dieselben Schwierigkeiten auf. Die Unternehmung hat ergeben, daß das einheimische Brotgetreide, trotz aller Streikungen mit Gerste und andern, nicht ausreichen wird. Wir bleiben auf Einfuhr angewiesen. Trotzdem sind ernste Störungen in Süd- und Westdeutschland in der Brotverzeugung eingetreten. Wir bringen deshalb auf möglichste Beschränkung der Einfuhr, wie auch auf möglichste Erhaltung der heimischen Ernte. Dem Semmelstreik, dem Getreidestreich und Getreideschwierigkeiten in den Häfen entgegen. Wir haben in Antwerpen eine besondere Organisation geschaffen, in Rotterdam ist dasselbe im Werke, und tatsächlich haben wir erreicht, daß die Zufuhren der deutschen Mühlen erheblich gesteigert worden sind. Auch die Verzeugung selbst noch nicht aus. Die letzte Preisfestlegung hat einen günstigen Einfluß auf die Lieferung; wir verkaufen aber weiter mit den Beteiligten. Vor allem sollen die Wechselverhältnisse mit größter Besorgnis überwacht werden. (Beifall.) Die Einfuhr von Raps haben wir neuerdings erlaubt. In eine Schließung der Margarinefabriken darf nicht gedacht werden. Die Erzeugung von Zucker ist ständig zurückgegangen; wir müssen wieder an innere Vermehrung denken. Im allgemeinen kann mit einer Steigerung der Anbaufläche von 10-12 Prozent gerechnet werden. Die Beschaffung billiger, Auslandsware darf nicht daran scheitern, daß Rückstände teurer Ware im Lande sind. (Beifall.) Mit besonderem Nachdruck wird die Auflösung der Kriegsgesellschaften durchgeführt. Unter andern sind in Aufhebung begriffen die Reichsliste für Obst und Gemüse (Zuruf: Gott sei Dank!), die Zentralverkaufsgesellschaft, die Reichsliste für Getreide und Fett. Das Reichskommissariat für Fischverwertung wird zum 1. August aufgelöst. Nach Durchführung des Abbaus der Kriegsgesellschaften und der Zwangswirtschaft werden nur noch die unentbehrlichsten Nahrungsmittel rationiert werden. Ich habe aber energisch darauf hingewirkt, daß der Personalbestand der Reichsgetreidebestelle nachgeprüft und auf die unbedingt nötigen Kräfte beschränkt wird. (Beifall.) Von der Landwirtschaft erwarten wir, daß sie nunmehr ihre Ablieferungsverpflichtung reiflos erfüllt. Möge in Spa volles Verständnis dafür herrschen, daß alle Schwierigkeiten Deutschlands ihre Quelle in seiner schlechten Ernährung haben und daß es Deutschland unmöglich ist, sich seinen Verpflichtungen nachzukommen, wenn das Ausland ihm nicht bei der Durchführung seiner Ernährungswirtschaft hilft. (Beifall.)

Minister des Auswärtigen Simons beantwortet hierauf die vorher zurückgestellte Anfrage der Abg. Frau Bröner (Dem.), die die widerrechtliche Beschaffung des Hauptgeschäftsführers Dr. A. v. Holtum und des Vertreters des Ostdeutschen Heimatdienstes Dr. Wagner durch polnische Behörden betrifft. Sobald die widerrechtliche Beschaffung der polnischen Arbeitsgemeinschaften bekannt wurde, sind die deutschen Vertreter bei der Interalliierten Kommission in Warschau, in Warschau und bei der deutschen Delegation in Paris angewiesen worden, bei der polnischen Regierung, bei der Interalliierten Kommission und beim Obersten Rat den schärfsten Einspruch zu erheben; leider bisher ohne Erfolg. (Hört, hört!) Am 28. Juni wurden unsere Vorstellungen erneuert. Dr. v. Holtum wurde aber nicht freigelassen, dagegen traf am 29. Juni die Nachricht ein, er sei nunmehr nach Warschau transportiert worden. (Hört, hört!) Darauf wurde der deutsche Gesandte angewiesen, der polnischen Regierung keinen Zweifel darüber zu lassen, daß wir nicht in die gerade jetzt von der polnischen Regierung angeregten wirtschaftlichen Verhandlungen eintreten könnten, ehe nicht ihr Versprechen der Freilassung von Dr. v. Holtum erfüllt ist. Nach einem Telegramm aus Paris hat die dortige Botschaftsleiterin selbst von der polnischen Regierung die Freilassung verlangt und angenommen, daß diesem Verlangen längst Rechnung getragen worden sei. Auch Dr. Wagner ist im polnischen Korridor wiederrechtlich verhaftet worden. Nach seiner Verhaftung hat sofort der deutsche Vertreter die Freilassung verlangt. Leider waren alle unsere Maßnahmen bisher erfolglos. Nach der Veröffentlichung des M. T. B. vom 28. Juni hat die polnische Regierung unter Mitwirkung der Interalliierten Abstimmungskommission von sich aus eine amtliche Erklärung herausgegeben, die den freien Eisenbahnverkehr unserer Abstimmberechtigten durch den polnischen Korridor verspricht. Die Stimmberechtigten wurden dafür seitens des Deutschen Schutzbundes zur Abreise aufgefordert. Sofort wurde aber auch hier die Erfahrung gemacht, daß zwischen den Taten und den Zusicherungen der polnischen Regierung und ihrer untergeordneten Stellen ein großer Unterschied besteht. (Hört, hört!) Rund tausend Reisende sind bisher an der Durch-

reise durch den polnischen Korridor verhindert worden. Sowohl von deutscher als von interalliiert Seite ist dagegen protestiert worden. Des weiteren muß ich gegen die durch amtliche polnische Stellen erzwungene Einziehung von Deutschen in dem abzutretenden Gebiet Einspruch erheben. Es liegt auf der Hand, daß diese Vorgänge nicht dazu angetan sind, die von polnischer Seite angeregten wirtschaftlichen Verhandlungen zu begünstigen. (Sehr richtig!) Wenn Polen hält, was versprochen ist, dann wird das auch von uns gewünschte gute nachbarliche Verhältnis nicht gestört werden. (Beifall.)

Abg. Dr. Helfferich (Deutschnational): Wer Zahlen zu lesen versteht, wird besonders die vom Reichsfinanzminister gemachten Angaben als geradezu niederstimmernd empfunden. Wir leben den ganzen Verlauf unseres deutschen Gemeinwesens, den ganzen Ernst der Zukunft. (Zuruf links: Wer trägt die Schuld?) Welche Last tragen Sie (nach links) mehr Schuld als ich. (Zuruf rechts: Der Angeklagte hat das Wort.) Unter Volk ist von dem elendesten Untergang bedroht. (Erneute Zurufe: Durch Ihre Schuld, durch Ihre Finanzwirtschaft, — Gegenrufe rechts: Ruhest!) Seine beherrschende Kraft ist dem deutschen Volk durch den Krieg und die Revolution zerbrochen worden. (Erneuter Lärm links und Unterbrechungen.) Wir sind durch den Vergewaltigungsfrieden unter einen Druck gestellt, der tödlich wirken muß, wenn es nicht gelingt, das Schlimmste durch Anspannung aller guten Kräfte zu verhindern. (Zuruf: Durch Sie! — Beifall Ebert: Es war zu erwarten, daß der Wahlsieg im Reichstag einen Widerhall findet. Der Redner darf aber dabei nicht an der Ausführung seines Rechts gehindert werden.) Wenn wir in der inneren Zerfahrenheit weiterkreuchen, dann ist das Verhängnis unabwendbar. (Erneute Unterbrechungen bei den Unabhängigen.) Die große Mehrheit des deutschen Volkes hat durch die Wahlen befunden, daß sie endlich wieder Ruhe will. (Zuruf: Rapp-Putsch!) Daß sie sozialistische Experimente, wie sie die Sozialdemokratie beider Richtungen verfolgt, klar ablehnt. In die Auseinandersetzungen der beiden feindlichen Brüder (nach links) will ich mich nicht einmischen. Die unabhängige sozialdemokratische Partei ist die einzige, die sich weigert, sich vorzuschütten auf den Boden der Verfassung zu stellen. (Zuruf links: Sie sind ein schöner Verfassungshüter!) Der Abgeordnete Hermann Müller hat mit den Unabhängigen ja bereits abgedreht. Man scheint jetzt die Methoden des Wahlsieges auch hier im Reichsparlament einführen zu wollen. (Lärm h. d. Soz.) Man hat ja eine Anfrage eingebracht, in der ich als Mitwisser von Willensentscheidungen hingestellt werde. Die Anfrage war merkwürdig von Abgeordneten Müller unterbreitet. Als wir eine Genenanklage einbrachten, wurde diese unterdrückt zurückgezogen. (Hört, hört!) Ich stelle fest, daß derjenige, der mich einen Mitwisser bei Willensentscheidungen nennt, ein elender Verleumder ist. (Beifall rechts, Lärm links. — Präsident Ebert ruft den Redner zur Ordnung, zieht aber den Ordnungsruf zurück, als Abg. Helfferich erklärt, er habe keinen Abgeordneten persönlich gemeint.)

Es ist tief bedauerlich, daß jetzt in einem historischen Augenblick eine solche Zusammenfassung aller bürgerlichen Kräfte nicht möglich war. Wir erfreuen uns geringer Beliebtheit bei den Demokraten, weil wir mit der größten Entschiedenheit den nationalen Gedanken durch die Zeit des Niederrufs getragen haben. (Unruhe h. d. Demot.) Wir hätten an diesem Gedanken festhalten müssen. Mit den Parteien der Koalition sind wir darüber einig, daß das Beste, was wir brauchen ist: Die Wiederherstellung und Sicherung von Recht und Ordnung. (Sehr richtig rechts. — Unruhe links.) Wir brauchen aber auch die Maßnahmen, um Recht und Ordnung sicherzustellen. Ich vertritt den Kreis Marxburg mit und stelle fest, daß die Gerichtsverhandlungen keinen Anhalt geben, von einer Schmach von Marsburg zu sprechen. (Ungeheurer, sich immer wiederholender Lärm links, durch den der Ruf: Wäber! immer wieder durchdringt.) Der Reichsfinanzminister hat in seinen Ausführungen einen gegen mich erhobenen Vorwurf, ich hätte Kriegssteuern verhindert, wiederholt. Der Vorwurf ist ungerecht. (Großer Lärm links.) Der Abg. Spahn wird mir bestätigen, daß ein Mitglied der Zentrumspartei vertrieben werden (Namen nennen!) Nun, wenn Sie es absolut wissen wollen, er heißt Gräberger. (Lärm andauernde Heiterkeit, große Unruhe in der Mitte des Hauses.)

Der Redner verteidigt seine Steuerpolitik und fährt dann fort: Unsere ganze Finanzgarantie ist jetzt so unübersichtlich, daß selbst nicht die Finanzämter Verstand haben. Wir müssen die ganzen Finanzgesetze in einen Schmelztopf werfen und sie umschmelzen. Den Kriegsgesellschaften soll jetzt Gott sei Dank, der Hals umgedreht werden. (Zuruf links: Sie haben sie geschafft!) Das Schlimmste ist die Entwicklung, die die reichseigenen Betriebe genommen haben. Der Finanzminister soll im Wahlkampf erklärt haben: wenn es so weitergeht, dann müßten wir die Eisenbahnen an fremde Kapitalisten verkaufen. (Finanzminister Dr. Wirth: Ich habe das gerade Gegenteil gesagt.) Wenn wir nicht andre Wege gehen, dann kommen wir zum Bankrott unseres Eisenbahnwesens. (Großer Lärm links und Zurufe: Sie sind der Bankrott. — Abg. Ledebour: Sie haben Deutschland zerstört!) Wir werden Anträge stellen, besonders die Betriebsverwaltung der Eisenbahn einer genaueren Untersuchung zu unterziehen. Wir müssen wieder zu einer Selbsterhaltung der Betriebe kommen, zu einer Vereinfachung der Verwaltung. Große Sparanstrengungen sind notwendig, aber auch alle Festigkeit gegenüber allen Forderungen, die nicht unbedingt notwendig sind. Die Buralge des Uebels ist, daß mehr verbraucht wird, als erzeugt ist. (Lärm h. d. U.S., Zuruf des Abg. Ledebour: Sie haben die Arbeitskraft des deutschen Volkes ruiniert durch Ihren Krieg.) Es war nicht mein Krieg, sondern der Krieg des deutschen Volkes. (Minutenlanger Lärm bei den Unabhängigen, Zuruf des Abg. Ledebour: Sie haben gegen den Frieden gearbeitet.) Wie können Sie so etwas behaupten! (Erneuter großer Lärm bei d. U.S. Ledebour ruft: Sie haben Amerika in den Krieg hineingezogen, Sie waren der Hauptschieber dabei!) Ich verbitte mir diese Bezeichnung. (Erneuter großer Lärm h. d. U.S.) Es ist wichtiger, daß wir uns jetzt über die Dinge unterhalten, die uns heute drücken. (Geschäftiger Lärm und färmende Zurufe der U.S.: Erst müssen die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden! Bankrott! Kriegsschieber!)

Abg. Dr. Dietrich (Dnnt.): Ich bitte, doch solche unpassenden Ausdrücke zu unterlassen. Das verlangt die Würde dieser Versammlung.

Abg. Dr. Helfferich (Dnnt.) fortfahrend: Notwendig ist (Zuruf links: Arbeiter! Arbeit! Das wissen wir selber!) die Erkenntnis der furchtbaren Lage. (Zuruf: Das wissen die Arbeiter allein!) Nein, das wissen sie nicht. Sie haben gedacht, daß wenn Sie (nach links) am Ruder sind, Sie weniger zu arbeiten brauchen. (Großer andauernder Lärm bei den U. Soz., der nur allmählich nach Einzelstimmen des Abgeordneten Dietrich abebbt.) Der Unternehmer darf nicht unter den Schritten kommen. Wo die Zwangswirtschaft in Kraft bleibt, muß die staatliche Bevormundung wenigstens vernünftig gehandhabt werden. Dem Wort von Hermann Müller „wir sind Kosmopoliten“ stelle ich entgegen „wir sind Deutsche“. (Beifall rechts.) Wir dürfen uns auch in der Wehrkraft nicht unter das Maß drücken lassen, das wir unbedingt brauchen. Wir dürfen nicht unerfüllbares unterschreiben. Selbst Theodor Wolff stellt im Berliner Tageblatt fest, daß es durch die Treibereien Erbergers und seiner Leute unmöglich gemacht worden ist, einen besseren Frieden zu erreichen. Die tausend Agenten der Gegner hätten das den Feinden gemeldet. So Theodor Wolff! Wenn sich damals das Volk hinter die Regierung

gestellt hätte, dann hätten wir einen besseren Frieden bekommen. (Nach diesen Worten des Redners entsteht ein ungeheurer Tumult. Die Abgeordneten der Rechten und der Mitte klammern sich aneinander; ein großer Teil der Sozialdemokraten wendet sich gegen die Unabhängigen und macht erregte Zurufe. Die Unabhängigen machen Gegenrufe; Ledebour ruft den Sozialdemokraten andauernd zu: Schämten Sie sich! Endlich gelangt es dem Vizepräsidenten Dietrich, wieder Ruhe zu schaffen.) Wir werden der jetzigen Regierung ihre Arbeit nicht unmöglich machen. Zuruf des Abg. Ledebour: Das zeigt Ihre heutige Rede! Wir erkennen an, daß die Regierung gegen die früheren in einigen wesentlichen Punkten unsere Wünsche besser entspricht (Große Unruhe bei den U. Soz.), namentlich die zufälligen Finanzminister in ihr. Der Durchführung der Regierung können wir im allgemeinen zustimmen. Wir hoffen, daß sie in Spa mit Nachdruck das gute Recht Deutschlands wahrnehmen wird. Dem Mißtrauensvotum, das die Unabhängigen gestellt haben, werden wir nicht zustimmen. (Abg. Carlpien (U. Soz.): Gott sei Dank!) Ueber unsere Stellung zur Regierung bringen wir einen eigenen Antrag ein, da es uns nicht gelungen ist, die Erklärung der andern Parteien über die Regierungspolitik in unserem Sinne zu beeinflussen. Wer in der Liebe zum Vaterlande mit uns geht, dem werden wir zur Seite stehen. (Beifall rechts, anhaltendes hartes Zischen bei den übrigen Parteien. Rufe bei den U. Soz.: Abtreten! Fort mit Schaden!)

Vizepräsident Dietrich: Ich muß feststellen, wer die beleidigenden Zurufe gemacht hat. (Die Unabhängigen springen auf und stimmen in den Ruf des Abg. Spahn ein: Wir alle!) Dann rufe ich Sie alle zur Ordnung.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Die Minister sind in 24 Stunden auf dem Wege nach Spa. Da sind wir bekräftigt und entlastet, noch kurz vorher eine derartige Rede zu hören. (Sehr richtig! Links. Widerspruch rechts, andauernder Lärm.) Was Herr Helfferich vorzutun, ist kein Beweis, daß wir irgendeine andere Forderung hätten haben können. (Lärm und Unruhe rechts.) Die Herren rechts hätten ja in Weimar die Möglichkeit gehabt, die Verantwortung dafür zu übernehmen. (Lärm rechts. Zuruf: Das alle Wärdchen!) Sie lehnten es in Weimar ab, hinter die alte Koalition zu treten. Welche Spalten hat diese Rede hier hervorgerufen, welchen Tumult hätte der Eintritt der Deutschen Nationalen in die Regierung hervorgebracht. Dr. Helfferich hat sehr leicht von der Besserung der Finanzen gesprochen. Ich erinnere demgegenüber an das Wort des französischen Finanzministers Reder. Machen Sie zuerst eine gute Politik, dann machen wir Ihnen auch geordnete Finanzen. Wenn wir aus Ihrer Politik (nach rechts) anbauen wollten, wären wir allerdings am Ende unseres Vorkens. Das ist das Jammervolle, daß wir auf den Trümmern einer 40jährigen Politik den jungen deutschen Volkstaat aufzubauen haben. (Große Unruhe rechts.) Soll uns doch die Rechte morgen mit der Offerte kommen, daß sie bereit ist, neben uns politisch zu arbeiten. (Zuruf rechts: Wir werden uns das merken!) 24 Stunden vor Spa die Brandfackel der Zutritt in dieses Haus zu werfen, das geht nicht an. (Ungeheurer Lärm rechts.) Ich habe bereits am 24. April als den Schrecken aller Schrecken bezeichnet, daß wir Sklaven eines ausländischen Kapitalismus werden könnten. Das muß leichten Endes kommen, wenn wir uns nicht anders weiter zu helfen wissen. Wenn wir heute nur über die Jahre 1919 bis 1919 klare Unterlagen geben könnten, aber das Unglück der Kriegsgeschichte ist gerade, daß alle Ausgaben die erwartete Kriegsgeschichte verdrängt wurden. (Sehr wahr!) Die heutige Finanznot geht zurück auf die Finanzpolitik seit Beginn des Krieges. Wir wollen in Spa, aufrichtig und ernst am Wiederwärtigen Europas arbeiten, nicht in fäulnischer Demut vor der Zukunft. (Beifall.) Dieser unglücklichen Wärdchen können wir aber nur beistehen, wenn wir von der bloßen Steuerpolitik zur Politik der Produktion übergehen. Ist die heutige Regierung auch eine Minderheitsregierung, so ist sie doch getragen von dem Vertrauen, daß sie in allen Stürmen die Würde der Nation wahren wird. Ueber der Nation steht der gesamte Wiederaufbau Europas und der Kulturmenschen. Diefem großen Gedanken können wir nur dienen, wenn wir in großen Fragen die Nation hinter uns haben und andererseits auch Verständnis für die Lebensbedürfnisse unserer Nation finden. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Wacker-Hessen (D. Sp.): Es dient dem Frieden nicht, wenn die Parteipolitik so weit geht, wie wir es eben erlebt haben. Was heute sagte, war eine Hebräe schlimmster Art. Auf die Opfer des roten Terrors hat er mit seinem Wort hingewiesen. Der Abg. Müller hat versucht, das Fernbleiben seiner Partei aus der Regierung mit der Beteiligung unserer Partei zu entschuldigen. So groß sind die Gegensätze zwischen den beiden Parteien denn doch nicht. Der Hinweis auf eine monarchistische Gesinnung ist ganz verfehlt, denn noch vor 1 1/2 Jahren hat Schönbemann den Posten eines Staatssekretärs in einer kaiserlichen Regierung ausgefüllt. Daß die Industrie in solcher Reife die Führer der Wirtschaft nicht an die Regierung abgeben konnte, ist doch selbstverständlich. (Zuruf: In der Wahlprüfung haben Sie doch höchste Versprechen.) Wir konnten doch nicht alle wirtschaftlichen Ereignisse voraussehen.

Wenn der Sieg des demokratischen Gedankens bei den nächsten Wahlen ebenso fortschreitet, wie bei den letzten, so sind wir ganz damit einverstanden. Dann begrüßen die Demokraten diesen Sieg und wir geminnen neue Mandate. (Heiterkeit.) Wir bebauern, daß sich das Verständnis für den notwendigen Abbau der Zwangswirtschaft erst so spät bei den Demokraten durchgesetzt hat. Ueber hat sich unter der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft ein gefährliches Streikfever entwickelt. Wenn sogar die Technische Klasse an ihrer gegenständlichen Tätigkeit gehindert wird, so sollte der Landwirtschaftsminister energisch dagegen einschreiten und den wirtschaftsfeindlichen Landarbeiterverband gegen den Terror schützen, auch wenn er dabei in Konflikt mit dem preussischen Landwirtschaftsminister geraten sollte. (Beifall rechts.) Wir wenden uns entschieden gegen den Plan einer Kommunalisierung des Kleinhandels. Wir wünschen dieser Regierung und vor allem dem Kanzler eine recht lange Lebensdauer. Wenn die Gegner die Geheimdiplomatie beibehalten, können auch wir unsere Karten nicht frei auf den Tisch legen. In Spa sollte vor allem unsere Befreiung von der Schmach einer Besetzung mit farbigen Truppen verlangt werden. (Beifall.) Wir brauchen mehr Privatwirtschaft. Die Defizitwirtschaft der Reichsbetriebe geht nicht so weiter. Das sollten sich die Arbeiter dieser Betriebe in erster Linie überlegen. Die Sozialdemokraten sollten prüfen, ob sie an allem Erreichten, z. B. an dem Achtundzestag, festhalten müssen. Die Regierung darf in Spa nichts unterschreiben, was sie nicht halten kann. Wir erwarten, daß die Regierung uns ein Stück aufwärts führen wird. (Beifall.)

Abg. Frau Jettin (Kommunistin): Das erste Wort der Kommunisten hier in diesem Hause ist über Deutschlands Grenze hinaus gerichtet. Es ist das Bekenntnis zur Solidarität der Kommunisten mit dem Proletariat aller Länder, mit dem wir uns verbunden fühlen durch die Blutströme des Weltkrieges, mit denen wir einig sind im Klassenkampf gegen den Kapitalismus. Es ist das Bekenntnis unüberwindlicher Einheit des Kampfeswillens und des Kampfesziels mit dem heldenmütigen russischen Proletariat, das den Arbeitern der ganzen Welt vorangeht in dem Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus. In Spa will der internationale Imperialismus durch neue Verbrechen die Verbrechen des deutschen Imperialismus sühnen. Die Kosten aber wird nicht der deutsche Imperialismus tragen und nicht die Klassen, deren politischer Ausbruch er ist: die blassen Klassen genügt es, die Kriegsgewinne einzustreichen zu haben. Die Kosten des Krieges sollen vielmehr die werktätigen Klassen tragen. Alle Hoffnungen der fünfzigsten Diplomatie und ihrer nichtiglichen Nachfolger sind zerplatzt wie Seifenblasen. Deutschland wird isoliert an jenem grünen Tisch in Spa stehen. Nur ein Schutz und Trugbündnis



**Deutschlands mit dem sozialistischen Sowjetrußland** würde die internationale Isolierung Deutschlands aufheben. Aber dieses Bündnis hat einen Bruch mit der bisherigen deutschen Außenpolitik zur Voraussetzung, denn diese steht noch immer im Zeichen des Imperialismus und der gepanzerten Faust gegen das sozialistische Rußland. Diese Politik hat dazu geführt, daß sich auf deutschem Boden die zaristische Gegenrevolution gefamelt hat. Der Bolschewismus, der Kommunismus kann nicht als russische Importware in Deutschland eingeführt werden. Die Revolution des deutschen Proletariats ist erzeugt im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft Deutschlands, sie zieht ihre Kraft aus den wirtschaftlichen und politischen Zuständen, die der zerfallende Kapitalismus hier in Deutschland schafft. Gewiß, Rußlands Wirtschaft ist zerrüttet, weil die Gegenrevolution das russische Volk zwingt, das Schwert statt der Rille und des Pflugs zur Hand zu nehmen. In geradezu brutaler Ehrlichkeit stellt die russische Regierung auch die Fehler fest, die beim Aufbau der neuen Gesellschaft gemacht worden sind. Ich möchte den deutschen Regierungen etwas von dieser Ehrlichkeit wünschen. (Lebhafte Beifall links.)

Trotzdem steht fest, daß Rußland eines der wichtigsten Gebiete für die Lieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse für Deutschland werden kann und daß es reich ist an Naturerzeugnissen, die wir als Rohmaterialien brauchen. Trotz aller Prophezeiungen lebt die Sowjetregierung, sie hat die Gegenrevolutionäre in Schach gehalten und die Entente-Truppen und ihre zaristischen Hilfsgeneräle zurückgeworfen. Sie führt einen kühnen Verteidigungskrieg gegen den polnischen Imperialismus. Rußland ist trotz alledem eine Macht, die die Entente anerkennen muß. Wir sollten aus den Verhandlungen Lloyd Georges mit dem Geschäftsträger Rußlands lernen. Ein Bündnis mit Rußland würde wesentlich dazu beitragen, den wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands zu fördern und damit auch seine Macht nach außen zu stärken. Diese Politik würde in dem Verteidigungskampfe gegen den Ententeimperialismus der deutschen Arbeiterklasse den stärksten Bundesgenossen, nämlich das Entente-Proletariat, an die Seite führen. Wir rufen deshalb das Proletariat Deutschlands auf, außerhalb des Parlaments seinen Willen nach einer solchen Politik zum Ausdruck zu bringen. Deutschlands Proletariat fordert nicht 200 000 Mann Reichswehrtruppen, sondern seine eigene Bewaffnung zur Niederschlagung des Imperialismus. (Lebhafte Beifall bei den U. Soz.)

Wir betrachten die Aufhebung des Versailler Friedens nur als ein Wert des Kampfes des internationalen Proletariats gegen den internationalen Imperialismus. Wir fordern das Proletariat auf, dem Schußfeldspiel der italienischen und österreichischen Arbeiter zu folgen: kein Zug soll Deutschlands Grenzen überschreiten, der Kriegsmaterial für Polen trägt. Eine solche Außenpolitik hätte zur Voraussetzung eine revolutionäre Heimatpolitik. Den Worten des Reichskanzlers von der Aussöhnung der Klassen steht das Bitten und Betteln vor dem Ententeimperialismus gegenüber, doch ändert 200 000 Reichswehrlente zu nichts. Wehrdiktatorien und Maschinen-gewehre sind die ultima ratio der Koalitionregierung zum Wiederaufbau der kapitalistischen Zwangsburg. (Sehr richtig bei den U. Soz.)

Maschinengewehre benämnen mit demokratischen Phrasen. Die Entente stellt sich jeder Wiederrückkehr des deutschen Militärischen gegenüber aus Angst vor der Wiederrückkehr des deutschen Militärischen. Das ist die Schuld aller bisherigen Regierungen, auch der ersten Regierung der Volksbeauftragten. (Heiterkeit.) Der Scheitern, mit dem General Wittwig die junge Republik durchzuführen wollte, ist geschuldet von Nozze im Kampfe gegen die deutschen Arbeiter. (Lebhafte Zustimmung bei den U. Soz.)

Warum waren die Sozialdemokraten nicht zur Stelle, um in den letzten Tagen der Nationalversammlung den Ansturm der Rechtsparteien gegen die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit abzuwehren? Wir erwarten die Überwindung des Militarismus nicht von dem Ententeimperialismus, wir wissen, daß dieser umgekehrt die einzige Kraft besitzt und läßt, die den Militarismus überwinden kann. Das ist die Arbeiterklasse, die den Militarismus als das stärkste Machtmittel des ausbeutenden Kapitalismus betrachtet. Wir fordern Entschleunigung des Bürgerkriegs und Bewaffnung der Arbeiterklasse. (Zuruf rechts: Gleiches Recht für alle!)

Die formalistische Gleichheit auf dem Papier ist keine wirkliche Freiheit. Das gehört zum sozialistischen WC. (Zustimmung bei den U. Soz.)

Die Bewaffnung des Proletariats wird durchgeführt durch die politischen Arbeiterkräfte zur Verteidigung der Revolution gegen ihre Feinde. Diese Kräfte sollen weiter Bewegungsfreiheit schaffen für die Umwälzung der Wirtschaft von einer kapitalistischen Profitwirtschaft in eine sozialistische Wirtschaft. Den Opfern des Krieges muß soziale Fürsorge zuteil werden. Was bisher gesehen ist, trägt nur den Charakter des Almosen. (Sehr wahr! bei den U. Soz.)

Der Pleitegeier treibt über den Rücken des Staates und des Reiches. Die Rede des Abg. Helfferich war nur eine Verteidigung des Staatssekretärs Helfferich, und dabei ist gerade er der Hauptschuldige an der schwierigen Finanzlage. (Sehr richtig links.)

Die Einkommensteuer bedeutet nach unten hin die Beschneidung des Lohnes, nach oben hin die Beschneidung des Betriebskapitals. Wir können aus den Finanznöten nicht durch Finanzreformen herauskommen. Wir brauchen vielmehr die sofortige Umwälzung aller Kriegsanleihen und aller großen Schulden. (Bewegung.) Wir verlangen die Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht. (Beifall und Heiterkeit rechts.)

Durch die Revolutionierung der Wirtschaft können die Finanzen gesunden. Jetzt sehen wir unerschütterlich wachsende Ernährungsschwierigkeiten. Wenn die Lebensmittelpreise steigen, dann müssen auch die Löhne entsprechend gesteigert werden. Die Rede des Wirtschaftsministers für freie Wirtschaft bedeutet, daß fortgewirtschaftet werden soll; gute Zeiten für Schieber! (Zustimmung bei den U. Soz.)

Der bisherigen Zwangswirtschaft weinen wir freilich keine Träne nach, sie hat nichts mit dem Sozialismus zu tun. Wir wollen die Produktionssteigerung der Landwirtschaft durch ihre Überflutung in den Ge-

meindeß. Wir wollen den Großgrundbesitz befehlen, aber nicht den Großbetrieb der Landwirtschaft. Die heutige Arbeitslosigkeit unterscheidet sich von früheren Krisen, sie kündigt das beginnende Ende der kapitalistischen Wirtschaftsordnung an. Ein andres Anzeichen war schon der Ausverkauf durch den deutschen Kapitalismus. Diese Kapitalisten hätten gern die Sterne vom Himmel geholt, um sie aus Ausland zu verschauern. (Sehr gut bei den U. Soz.)

Jetzt wird die Wirtschaft durch kapitalistische Betriebs-einstellungen sabotiert. Dem kann nur durch die revolutionären Betriebsräte ein Ende gemacht werden. Der jetzige Wirtschafts-rat und die Arbeitsgemeinschaften stützen nur das marode kapitalistische Gebäude und hemmen den sozialistischen Kampf. Die Ordnung dieser antisozialistischen Heimatpolitik ist Schließes Schlichtungsordnung zur Beilegung der Koalitionsstreitigkeit. Dieser Heimatpolitik muß die Arbeiterklasse ihre eigene revolutionäre Wirtschaftspolitik entgegenstellen. Sie muß durch ihre Arbeiter-räte das System der kapitalistischen Demokratie stützen und an seiner Stelle die Diktatur der Arbeiterklasse aufrichten. Erschreckt durch den Popanz des Bolschewismus haben sich die Kleinbürger in die Arme ihrer größten Feinde der Großbourgeoisie geworfen. Die Regierung dieser Bourgeoisie findet die wohlwollende Neutralität der Rechtssozialisten. Die Wahlführer aus dem parlamentarischen Kaffeehaus wußten nicht, wie sie sich zu dem Wahlergebnis verhalten sollten. Die Regierung der Krise ist eine grausame Verhöhnung des Parlamentarismus. Sie wird zur Niederwerfung des revolutionären Proletariats mit außerparlamentarischen Mitteln vorgehen müssen und das Proletariat wird mit denselben Mitteln antworten müssen. Das Schicksal der proletarischen Revolution wird nicht scheitern auf den Sandbüten des bürgerlichen Parlamentarismus. (Beifall links.)

**Unterstaatssekretär Sewald:** Die Verwaltung von Hamburg hat dem Minister des Innern mitgeteilt, daß die Behauptung des Abg. Henke, die Unruhen in Hamburg seien durch Volkspolizei provoziert worden, unzutreffend ist. Polizeibeamte mit den vom Abg. Henke angegebenen Namen gibt es nicht.

**Abg. Petersen (Dem.):** Gegenüber dem kommunistischen Gedanken der Gewalttätigkeit vertreten wir den Gedanken der Freiheit und Gerechtigkeit. Die alte Koalition war die einzig mögliche Mehrheitsbildung.

**Reichskanzler Hehrendorf:** Ich danke für die warmen, zum Teil recht warmen Worte, die mir persönlich zuteil geworden sind, und für die objektive Würdigung, die von den meisten Seiten dem Regierungsprogramm entgegengebracht wurde. Die Regierung verlangt kein Vertrauen im voraus. Sie verlangt, daß man ihr entgegenkommt, daß man bereit ist, mit ihr zu arbeiten, daß man gewillt ist, nach Maßgabe des aufgestellten Programms zu wirken und zu schaffen. Das Vertrauen im einzelnen machen Sie abhängig von den Taten der Regierung. Vom guten Willen sind wir besetzt, helfen Sie uns, diesen guten Willen zur Tat umzusetzen. Die Parteien, die nicht in der Regierung vertreten sind, tun gut, angesichts der ungeheuren schwierigen Lage ein gewisses Maß bei ihrer Kritik zu halten. Die Regierung denkt nicht daran, die Kritik zu unterbinden. Aber als ein alter Vertrauensmann des Hauses richte ich die Bitte an das ganze Haus, in der Kritik auch jenes ruhige Maße zu beachten, das nicht über die Grenzen hinausgeht und nicht verletzt, sondern aufbaut. (Beifall.)

Wir gehen morgen nach Spa. Hier ist das häßliche Wort gefallen, unsere Vertreter sollen nicht inseln in Spa. Ich hoffe, daß das ganze deutsche Volk sich überzeugen wird, daß die Vertreter der Regierung in Spa mit erster Würde ihres Amtes gewaltet haben. (Beifall.)

Die Unterredungen, die ich heute hatte, gaben mir immerhin die Hoffnung, daß wir in Spa doch vielleicht eine Grundlage für Erörterungen an einem gemeinsamen Verhandlungstisch finden werden. Es ist der ehrliche Wille des deutschen Volkes und seines Parlaments, die uns auferlegten Bedingungen nach unserer Leistungsfähigkeit zu erfüllen. Wir gehen nach Spa mit dem guten, ehrlichen Willen der Wiedergutmachung, abermals in der Hoffnung, daß wir unsere Gegner von diesem guten Willen überzeugen. Das wird die Grundlage für die Verhandlungen sein. Auf einem andern Boden würde die Möglichkeit zu Verhandlungen nicht gegeben sein. (Bravo!)

Aber die Grenze ist unsere Leistungsfähigkeit. Ueber sie hinaus irgendeine Zulage zu geben, irgendein Schriftstück zu unterschreiben, ist nicht möglich. (Beifall.)

Wir hoffen, daß wir unsere Gegner von unsrer miltären Lage überzeugen werden. Und ermahnen Sie uns unsre Arbeit nicht durch leidenschaftliche Kämpfe im Parlament. Verschließen Sie den Gehörgang der Meinungen auf spätere Tage im Interesse des Vaterlandes. (Beifall.)

Damit schließt die Aussprache. Es folgen persönliche Bemerkungen.

**Die Abstimmungen.**

Ein Nichtrausensvotum der Unabhängigen wird mit 313 gegen 64 Stimmen abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wird ein Antrag Hergt (Dnail.), wonach die Erziehung ausserordentlich wird, daß die Regierung Ruhe und Ordnung, Leben und Eigentum schützen, unter Zurückstellung der Parteipolitik den Wiederaufbau in Angriff nehmen und in Spa die Würde und die Interessen des Reichs mit Festigkeit vertreten werde. Die Abg. Schiffer (Demokr.) und Dr. Stresemann (D. Sp.) erklären dazu, daß sie sich nicht gegen diesen Antrag, nichts einzuwenden haben, daß sie aber an dem gemeinsamen Antrag der Regierungspartei festhalten müssen, der lautet: „Der Reichstag hat die Erklärung der Regierung vom 29. Juni 1920 zur Kenntnis genommen. Er erwartet von der Regierung, daß sie dieser Erklärung entsprechend die Politik des Reichs, insbesondere auch bei den bevorstehenden Verhandlungen in Spa, führen wird.“

Der Antrag wird mit 255 gegen 62 Stimmen der Unabhängigen, bei 54 Stimmenthaltungen der Deutschnationalen angenommen.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr: Anträge und Interpellationen. — Schluß 10 Uhr.

## Aus der Umgebung Leipzigs.

**Holzhausen.** In der am Mittwoch stattgefundenen Elternversammlung wurden bei der Neuwahl des Elternrates 12 Stimmen abgegeben. Davon erhielten die Bürgerlichen 25, die Liste des Ortsvereins 91 Stimmen, fünf waren ungültig.

**Zweinaudorf.** Der Gemeinderat nahm in seiner letzten Sitzung Kenntnis von dem im Bezirk in Aussicht genommener Personen-Kraftwagenlinien. Die der Gemeinde zuzehende Reichsstraße wird in Zukunft direkt dem Gemeindevorstand zum Verkauf zugewiesen werden. Gasthofbesitzer Behold hat die Postkutscherei vom 1. Juli an abgegeben. An seine Stelle wird der Schneidermeister Kette treten. Der Gemeindevorstand hat mit den hiesigen Landwirten die Kartoffellieferung für die neue Versorgungsperiode abgeschlossen. Der Fruchtlinienplan der Haupt- und ein Teil der Städtischen Straße hat oberbehördliche Genehmigung gefunden. Der mit Dr. Schwabes Erben abgeschlossene Kaufvertrag über 24 000 Quadratmeter Land, fand Zustimmung. Die Desinfektionen sollen in Zukunft durch den Desinfektor der Gemeinde Baunsdorf mit ausgeführt werden. Der Wasserleitungsvertrag mit der Stadt Leipzig wurde angenommen und soll nunmehr abgeschlossen werden. Dem Erluchen des Bauvereins um Anlegung eines gangbaren Fußweges auf den projektierten Straßen der Landhausstraße wurde entsprochen. Weiter wurde der mit dem Rat der Stadt Leipzig abgeschlossene Schloßvertrag unter einigen Abänderungen angenommen. Mit Rücksicht darauf, daß die Gemeinde einen größeren Grundbesitz zu verwalten hat, wurde als ehrenamtlicher Grundbesitzverwalter neben dem Gemeindevorstand der Gemeindevorsteher Ringel gewählt. Die Mieten im Gemeindevorstand wurden um 10 Prozent erhöht. Ein Schreiben des hiesigen Turnvereins um Schaffung eines Spielplatzes, einer Turnhalle und eines Gemeindeparkes wurde dem Grundbesitzausschuß zur Vorberatung überwiesen. Gegen die Erbauung eines Sommerhauses sind Bedenken nicht zu erheben. Bei der Amtshauptmannschaft soll ein Gesuch um Erhöhung der Untertassungsätze für Erwerbstätige eingereicht werden. Die Schaffung eines Ortschulhauses wurde einstimmig beschlossen. In den Ortsauschuß wurden außer dem Gemeindevorstand die Herren Weber, Ding, Oswald Schmidt und W. Martin gewählt. Die Tagesordnungen für die öffentlichen Sitzungen sollen in Zukunft nicht nur am Gemeindevorstand, sondern an sämtlichen Anschlagtafeln angebracht werden. Der Gemeinderat gibt nachträglich seine Zustimmung dazu, daß die Restbestände von Lebensmitteln unter Einkaufspreis verkauft worden sind.

**Großhauer-Windorf.** Aus dem Gemeinderat. Sämtliche Verpflichtungen der Gemeinde laufen in diesem Jahre ab. Während die Feldparzellen nicht weiter verkleinert werden sollen, weil der gartenmäßige Anbau sich für dieses Gelände nicht eignet, sollen die Wiesen aufgeteilt und an Kleinrentner weiter verpachtet werden. Ein Nachtrag zur Sparkassenordnung über Verlegung des Geschäftsjahres und Erhöhung des Einlagezinsfußes auf 20 000 Mk. wurde genehmigt. Die Weiterverfolgung der Erbauung des Biergruppenhauses muß unüberwindlicher Schwierigkeiten wegen zurückgestellt werden. Die kapitalistische Wirtschaftsweise hat sich auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens überholt; man kann diese Frage nur die Umgestaltung der Wirtschaftsweise auf sozialistischer Grundlage. Die wirtschaftlichen Vorbedingungen hierfür sind vorhanden, nicht aber die politischen, die zu schaffen immer noch Aufgabe der Arbeiterklasse ist. — Der Bestellung von 14 000 Zentnern Kartoffeln für das kommende Wirtschaftsjahr zum Preise von 60 Mk. für den Zentner wurde zugestimmt. Der Termin für die Bestellung ist von der Reichsbehörde so kurzfristig gestellt, daß sich die Gemeindevorstand in einer Zwangslage befand; das wurde scharf festzustellen. Schuld an daraus entstehenden Nachteilen für die Gemeinde trägt die Reichsbehörde. — Auch die Angelegenheit der Spiel- und Sportplatzfrage zeigt die Mängel der gegenwärtigen Verhältnisse. Die Wiederaufrichtung des deutschen Volkes ist eine Sache von so allgemeiner Bedeutung, daß die hierzu nötige Spiel-, Sport- und Körperpflege nicht am kapitalistischen Eigentum scheitern dürfte. Hätte sich der Gemeindevorstand doch noch entschlossen, den auch von der Stadt Leipzig als enorm hoch bezeichneten Preis für die ins Auge gefaßte Spielwiese zu bezahlen, so verlangt jetzt der Besitzer auch die Übernahme aller Kaufkosten, Grunderwerbs-, Wertzuwachs- und sonstiger Steuern auf die Gemeinde. Dieses Ansinnen lehnte der Gemeinderat entlieh ab.

## Briefkasten der Redaktion.

**H. A. 1.** Unseres Wissens war es dessen Frau. 2. Sie meinen Siebenbürgen. Es gibt aber auch noch das Siebenbürgen im Rheinland (Nordwestende des Westerwaldes). — 2. Mk. für die Parteilasse.

**E. G. A.** Zu empfehlen sind: Kautsky; Rasse und Judentum, 20. Ergänzungsheft der Neuen Zeit; Verlag J. S. M. Diez, Stuttgart; Karl Marx; Zur Judenfrage; Verlag E. Rowohlt, Berlin; Bedel; Sozialdemokratie und Antisemitismus; Vorwärts-Verlag, Berlin. — 1. Mk. für die Parteilasse.

# Konsum-Verein

## Leipzig-Plagwitz u. Umg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

In der am 28. Juni stattgefundenen Auslosung wurden zur Tilgung von den Teilschuldverschreibungen ausgelost:

Lit. A. 41, 51, 70, 104, 111, 171, 209, 210, 222, 241;  
 Lit. B. 62, 65, 74, 103, 149, 156, 191, 198, 199, 200, 222, 223, 226, 227, 230, 255, 325, 368, 378, 379;  
 Lit. C. 443, 444, 461, 483, 491, 506, 508, 517, 525, 533, 534, 537, 577, 602, 603, 643, 674, 684, 689, 691, 696, 705, 706, 711, 718, 723, 727, 740, 765, 791;  
 Lit. D. 801, 806, 813, 816, 831, 832, 833, 834, 860, 882, 891, 896, 922, 934, 979, 980, 985, 986, 988, 996, 1042, 1050, 1081, 1084, 1087, 1092, 1095, 1097.

Aus früheren Auslosungen sind noch uneingelöst:  
 Lit. A. 9, 47, 77, 152; Lit. B. 61, 76, 95, 197;  
 Lit. C. 466, 475; Lit. D. 829, 871, 890, 910, 1071, 1086.

Die Schuldverschreibungen Lit. C. 445 und 455 sind als verbrannt gemeldet worden. Falls uns dieselben nicht bis 30. September 1920 vorgelegt werden sollten, erklären wir diese beiden Scheine für ungültig.

Wir erlauben die jeweiligen Inhaber, die Schuldverschreibungen mit den dazu gehörigen Zinsen, seinen an der Kasse der Genossenschaft, L.-Plagwitz, Bahnstraße 87, oder beim Bankhaus J. Dresing u. Co. in Frankfurt a. M. zur Rückzahlung am 30. September 1920 vorzulegen. Mit erwähntem Laese hört die Verzinsung des Kapitals auf.

Leipzig-Plagwitz, den 1. Juli 1920.  
 Der Vorstand,  
 Fr. Seilmann, Otto Beyer.

Sieben ist in unserm Verlage erschienen:

### Gerhart Seger

## Kunst und histor. Materialismus

Ein Beispiel neuer Kunstbetrachtung.  
 Preis 2 Mk.

Bestellungen nehmen Austräger und Filialen der Volkszeitung entgegen.

Leipziger Buchdruckerei A. G.  
 Abteilg. Buchhandlung  
 Tauchaer Straße 19/21.

---

Johann Gottfried Seume

Ein literarisches Porträt  
 Ausgewählte Werke Seumes  
 Herausgegeben u. eingeleitet  
 von Wilhelm Hausenstein.  
 Preis geb. 7.00, brosch. 6.00.

Leipziger Buchdruckerei A. G.  
 Abteilg. Buchhandlung  
 Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.  
 Postfachkonto Nr. 53477.  
 Die Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

**20%**

**Diese außergewöhnlichen Vorteile**

bietet unsere Ermäßigung von 20% auf alle Einkäufe!

# GARDINENHAUS METHNER

Neumarkt 2-4, Ecke Grimm-Str., Lindenau, Demmeringstr. 32.

Gegeben	Mk.	Pf.
2. Linsen Gardinen	150.-	300.-
10. m. Rollstuhl	25.-	250.-
1. Tischdecke	1.75.-	175.-
1. 20% 1/4	1.45.-	145.-
Gesamtsumme:		580.-











Neues Theater.

Musikdirektor: (Gesamt 1418.)
Sonnabend, den 3. Juli 1920
100. Anrechts-Vorstellung (4. Folge, braun)
Der Wollton von Bonjean.

Mätzschkers Festsäle

L.-Kleinschocher, Inh.: E. Baumann Fernspr. 40875
Sonnabends von 1/2 5 Uhr an: Großer Fest-Ball!
Montag ab 7 Uhr: 2. Gr. Damen-Ball

WESTEND-HALLEN

Morgen Sonntag ab 4 Uhr
Sommernachtsball.
Hotel Fürstenhof
Weinrestaurant

Täglich 7 1/2 Uhr Künstler-Konzert
Geschwister Jehrings
die großen Tanzphantasten

Kamillen
sowie sämtliche Arznei- u. Heilkräuter laufen
Eichhorn & Vogel

Kamillen
Sulfatid, Stiefmütterchen,
Landsknecht usw. läuft

Hand-Sport!
Alles, was der Hund braucht!
Spez.-Geschäft Frankfurt Str. 3

Offene Beine
Unterhosen-Geschwüre
Krampfadern etc.

ASTHMA
kann geheilt werden.
Spezialarzt, Berlin 68, 11

Weißfluß,
Gicht, Gelenks-
Schmerzen

Rührmaschinen
für Haushalt und Gewerbe.
Reparaturwerkstatt

Carl Rost
Augustenstr. 26. Tel. 11 927.
Eingang Dresdener Straße.

Dachpappe, auch im
Gartenlaubbau, einseitig,
Gardinen, Teppiche

Halt! Aufgepaßt! Halt!
Frau Wittels
kauft immer für alle u. neue

Altweilene
Strümpfe
und Tibet

Dentist Erich Schmerel
verreißt.
Leipzig, Humboldtstraße 31.

Rindleder-Coupekkoffer
Cartons
Desgleichen in deutscher Fiber.

Karl Blaich
Windmühlenstraße 32
Tauchaer Straße 16.

Neues Operetten-Theater.

Volksoper. (Gesamt 288.)
Sonnabend, den 3. Juli 1920
Die Hebermann.
Operette in 3 Akten von C. Hammer und H. Gans.

Sonnabend, den 4. Juli 1920
Liebe im Sänze.
Operette in 3 Akten von Ralph Benatzky und Willy Prager.

Drei Linden
Täglich abends 7 1/2 Uhr
Sonnabends 2 Vorstellungen
Nachm. 1/2 4 Uhr Abends 7 Uhr
Der Riesen-Varieté-Spielplan

PALMEN-GARTEN
Im Palmenhause: Vanda Inavis.
Im Rosengarten: Rankrose Dorothy Perkins

ZOO
Sonnabends: 11 1/2 Uhr:
Führung am Lebrückentank.

Theater in der Elsterstraße
Kammerspiele Fernruf 12300
Gültig bis 10. Juli 1920
abends 7 1/2 Uhr

Altes Theater.

Berlin bis einschließlich 31. Juli.

Krystall-Palast

July 1920.
Gastspiel „Jean Blatzheim“
Die spanische Fliege
Schwank in 3 Akten

Baltenberg

Varieté.
Abends 7.30 Uhr
Gastspiel
Paul Beckers mit Fr. Silvaré

Theater.
Abends 7.30 Uhr
Veranstaltung (kein Kartenverkauf)

PARK MEUSDORF

HEUTE SONNABEND, den 3. Juli:
AUF NACH MEUSDORF
Ab 7 Uhr: Sommernachtsfest

Pantheon

Dresdner Str. 20 Fernspr. 18987
Sonnab. u. Freitag
Grosse Ball-Feste.

Genossenschaftsheim Gera

Friedrichstraße 58
Eigene Brauerei, Flieischerel, Konditorei
Besitzer: Konsumverein Gera-Debschowitz

Goldene Krone Connewitz

Saalestraße der 10 u. 11. Bahn.
Ab 8. August Schulfest. Fernspr. 35752.
Morgen Sonntag, ab 4 Uhr

Goldner Helm Leipzig-Eutritzsch

Inhaber: Gustav Schilde. — Telefon 17 483.
Jeden Sonntag 4 Uhr
Jeden Freitag 6 Uhr

Kasslers Festsäle

Leipzig-Vo., Elisabethstraße 13
Sonnabends und
Dienstags
Feiner Ball.

Goldner Adler

Parole aller Tänzer zum 1. Sonntag-
Damenball
Keine Tanzmarken 9 Uhr Kontor

Soeben ist erschienen:

Die Reichseinkommensteuer

Gemeinverständliche Darstellung des
Reichseinkommensteuer-Gesetzes für
Arbeiter, Angestellte und Beamte

Von Rudolf Weck
Königsberg 1. Pr.
Preis 1.50 Mk.

Alle Austräger und Filialen der Volkszeitung
nehmen Bestellungen entgegen.

Leipziger Buchdruckerei A. G.
Abt. Buchhandlung — Tauchaer Straße 19/21

Dentist Erich Schmerel
verreißt.
Leipzig, Humboldtstraße 31. — Telefon 3172.

Rindleder-Coupekkoffer

Cartons
Desgleichen in deutscher Fiber. Größte Auswahl.
Nur eigene beste Fabrikate. Billigste Preise



